

Generalleutnant a.D. Rainer L. Glatz, ehemaliger Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr und ehemaliger Senior Distinguished Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Den Krieg vom Ende her denken (How wars end)

Abstract

Das Ende von Kriegen ist ein komplexer Prozess, der von politischen, militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst wird.¹ Untersucht werden unterschiedliche Wege, auf denen Kriege beendet werden. Betrachtet und analysiert werden sowohl historische als auch moderne Beispiele für Friedensschlüsse und Waffenstillstände. Basierend auf militärstrategischen Ansätzen wird eine Typologie von Kriegsenden entwickelt, die verschiedene Formen von Waffenstillständen und Friedensabkommen umfasst.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Rolle militärischer Bestimmungen in Friedensverträgen sowie den Einflussfaktoren, die über den Erfolg oder das Scheitern eines stabilen Friedens entscheiden. Dabei werden sowohl klassische Kriege als auch asymmetrische Konflikte betrachtet. Zudem werden aktuelle Herausforderungen an Friedensprozesse erörtert, insbesondere im Kontext des Ukrainekriegs, für den mögliche Szenarien eines Peace-Enforcement- oder Peace-Kee-eping-Einsatzes skizziert und diskutiert werden.

1. Einleitung

„Jedes Zeitalter hatte seine eigene Art von Krieg, seine eigenen Grenzbedingungen und seine eigentümlichen Vorurteile“, schrieb der Verteidigungstheoretiker Carl von Clausewitz im frühen 19. Jahrhundert. Es besteht kein Zweifel, dass Clausewitz Recht hatte. Und doch ist es überraschend schwierig, einen Krieg zu einem bestimmten Zeitpunkt zu charakterisieren. Dies wird erst im Nachhinein einfacher.“²

Kriege sind zentrale Wendepunkte in der Geschichte von Staaten und Gesellschaften. Ihr Beginn wird oft intensiv analysiert, während ihr Ende und die Prozesse, die dazu führen, weniger Aufmerksamkeit erhalten. Doch gerade die Art und Weise, wie ein Krieg beendet wird, hat langfristige Folgen für politische Ordnungen, wirtschaftliche Stabilität und soziale Strukturen. Die Untersuchung von Kriegsenden ist daher von großer Bedeutung für das Verständnis von Friedensprozessen und internationalen Beziehungen.

1.1 Fragestellung und Zielsetzung

Diese Ausarbeitung beschäftigt sich allgemein mit der Frage, wie Kriege enden und welche Faktoren dabei eine Rolle spielen. Ziel ist es, die verschiedenen Wege zur Beendigung eines

¹ Siehe dazu u.a.: Jörn Leonhard, *Über Kriege und wie man sie beendet. Zehn Thesen*, Verlag C.H. Beck, oHG, München, 2023, S. 9, „Grundproblem der Geschichte: Wie beendet man einen Krieg? Alle Kriege enden irgendwann, aber jeder Krieg hat sein eigenes Ende – für Staaten für Gesellschaften, für Politiker, Diplomaten und Militärs, für den einzelnen Soldaten.“

² Mara Karlin, *The Return of Total War, Understanding—and Preparing for—a New Era of Comprehensive Conflict*, Foreign Affairs, October 22, 2024, <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/return-total-war-karlin>, abgerufen am 07.04.2025.

Krieges zu analysieren – vom Waffenstillstand über Friedensverträge bis hin zu erzwungenen Kapitulationen. Dabei wird auch betrachtet, welche Bedingungen einen nachhaltigen Frieden ermöglichen oder verhindern.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang der derzeitige völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine. *Kriege enden nicht abrupt.*³ Nachkriegsordnungen entstehen nicht automatisch nach dem Einstellen von Kampfhandlungen. Dies wird auch in Bezug auf den o.a. Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine nicht der Fall sein. Hier ist von besonderem Interesse, wie sich ein Ende der Kampfhandlungen gestalten könnte und sich eine möglichst erfolgversprechende Absicherung einer Waffenruhe / eines Waffenstillstandes zum späteren Einstieg in ernsthafte Friedensverhandlungen organisieren ließe.

1.2 Methodik und Vorgehensweise

Zur Beantwortung dieser Fragen wird eine theoretische und historische Analyse herangezogen. Dabei werden verschiedene Fallbeispiele aus der Geschichte betrachtet, um Muster und Unterschiede in Kriegsenden aufzuzeigen. Zudem werden politische und völkerrechtliche Aspekte mit betrachtet, um die Mechanismen von Friedensverhandlungen und Waffenstillständen zu verstehen. Darüber hinaus wurde eine Reihe von leitfadengestützten narrativen Interviews mit ehemaligen hochrangigen militärischen Entscheidungsträgern aus Deutschland, den USA und der Ukraine durchgeführt.⁴

1.3 Definition zentraler Begriffe

Um eine klare Analyse zu ermöglichen, werden zentrale Begriffe definiert:

Krieg: Ein organisierter, bewaffneter Konflikt⁵, vornehmlich zwischen Staaten oder nichtstaatlichen Akteuren, der bestimmte Intensitätskriterien erfüllt.

Friedensschluss: Eine formelle Vereinbarung zwischen Konfliktparteien zur Beendigung eines Krieges, meist in Form eines Vertrags.

Waffenstillstand: Eine temporäre oder dauerhafte Einstellung der Kampfhandlungen, die als Voraussetzung für Friedensverhandlungen dienen kann. Denn ein alleiniges Schweigen der Waffen, eine Einstellung der Anwendung militärischer Gewalt darf nicht mit einem Frieden verwechselt werden.

Die nachfolgenden Kapitel vertiefen diese Aspekte und analysieren, wie verschiedene Kriege im Laufe der Geschichte ihr Ende fanden – und welche Lehren daraus für heutige Konflikte gezogen werden könnten.

³ Jörg Echternkamp, Wege aus dem Krieg. Für die Historisierung von Nachkriegsgesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jörg Echternkamp (Hrsg.), Kriegsenden. Nachkriegsordnungen. Folgekonflikte. Wege aus dem Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Rombach Verlag KG, Freiburg i.Br./Berlin/Wien, 2012, S.1.

⁴ Diese Interviews wurden in der Zeit von Oktober 2024 bis Februar 2025 durchgeführt und ausgewertet.

⁵ Nicht betrachtet werden hier in dieser Definition innerstaatliche bewaffnete Konflikte und Terrorismus.

2. Theoretische Grundlagen und Wege der Kriegsbeendigung

Das Ende eines Krieges ist ein komplexer, nicht immer gradlinig verlaufender Prozess, der aus verschiedenen theoretischen Perspektiven betrachtet werden kann. Historische, politikwissenschaftliche und strategische Ansätze liefern unterschiedliche Erklärungen für die Bedingungen, unter denen Kriege enden. In diesem Abschnitt werden zentrale Theorien zum Kriegsende kurz skizziert und daraus eine mögliche Typologie von Waffenstillständen entwickelt.

2.1 Klassische Theorien – ein Auszug

Die klassischen Militärtheoretiker Carl von Clausewitz, ein preußischer General des 19. Jahrhunderts, und Sun Tzu, ein chinesischer Stratege und Philosoph des 6. und 5. Jahrhunderts vor Christi Geburt, der die Militärwissenschaft des alten China beherrschte und auch heute noch von großer Bedeutung ist. Er schuf eine Militärdoktrin der asymmetrischen Kriegsführung. Beide liefern grundlegende Einsichten über das Wesen des Krieges und seine Beendigung. Dabei haben beide Denker unterschiedliche, aber sich durchaus ergänzende Perspektiven auf das Thema Kriegsende.

2.1.1. Clausewitz (1780–1831): Krieg als politisches Mittel

Carl von Clausewitz, der preußische General und Militärtheoretiker des 19. Jahrhunderts, betonte in seinem Hauptwerk "Vom Kriege" die enge Verbindung zwischen Krieg und Politik. Sein bekanntestes Diktum lautet: "Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln." Dies unterstreicht die Auffassung, dass militärische Aktionen stets politischen Zielen dienen und von diesen geleitet werden sollten.

Er hat „die lange Zeit gültige Auffassung vom Kriege als eines funktionalen Mittels der Politik entwickelt, das zwar seine eigene Logik hat, grundsätzlich aber den Primat der Politik gelten lässt, seine Berechtigung allein gewinnt in einem von der Politik geprägten, der Durchsetzung der Interessen der Staaten nach außen dienenden Ziel-Mittel-Verhältnis.“⁶ Für ihn endet ein Krieg allerdings nicht einfach mit einer militärischen Entscheidung, sondern durch politische Prozesse, die – auch auf eindeutigen – militärischen Realitäten basieren. Dazu seien kurz einige zentrale Punkte herausgehoben:

Erschöpfung als Grund des Kriegsendes: Wenn eine oder beide Parteien ihre Ressourcen und Kampfkraft erschöpft haben, wird Frieden oft unausweichlich.

⁶ Siehe dazu Reinhard Meyers, Krieg, in: Richard Woyke, Johannes Varwick (Hrsg.), Handwörterbuch Internationale Politik, 13. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Toronto, 2015, S. 262.

Absoluter vs. begrenzter Krieg: Clausewitz unterscheidet zwischen absoluten Kriegen⁷, bei denen eine völlige Zerschlagung des Gegners angestrebt wird, und begrenzten Kriegen⁸, bei denen politische Ziele mit minimaler Gewalt erreicht werden sollen.

Verhältnis zwischen Krieg und Frieden: Ein Frieden ist nur dann stabil, wenn er die politische Ausgangslage so verändert, dass ein erneuter Krieg unattraktiv oder unmöglich wird.

Absoluter vs. begrenzter Krieg: Clausewitz unterscheidet zwischen absoluten Kriegen⁹, bei denen eine völlige Zerschlagung des Gegners angestrebt wird, und begrenzten Kriegen¹⁰, bei denen politische Ziele mit minimaler Gewalt erreicht werden sollen.

Verhältnis zwischen Krieg und Frieden: Ein Frieden ist nur dann stabil, wenn er die politische Ausgangslage so verändert, dass ein erneuter Krieg unattraktiv oder unmöglich wird.

2.1.2. Sun Tzu (534 v. Chr. - 453 v.Chr.): Die Kunst des Siegens ohne Kampf

Sun Tzu legt seinen Fokus stärker auf Strategie, Täuschung und Diplomatie. Ein optimaler Sieg bedeutet für ihn, den Feind ohne direkte Konfrontation zu besiegen¹¹, was auch Waffenstillstände und Verhandlungen einschließen kann. Er argumentiert daher, dass ein Krieg idealerweise gar nicht erst mit militärischer Gewalt ausgetragen wird, sondern durch Spionage, geschickte Manöver, Manipulation und Täuschung oder ein anders geartetes Brechen des gegnerischen Willens gewonnen wird.

Kriegsende durch Verhandlungen: Wenn eine Partei erkennt, dass sie nicht siegen kann, ist es klug, Waffenstillstände oder Friedensverhandlungen zu nutzen, bevor es zur völligen Vernichtung kommt.

⁷ Clausewitz charakterisierte den absoluten Krieg als einen Krieg, der ein besonders hohes Maß an Energie und Fachkompetenz erfordert und gleichzeitig auf die Vernichtung der gegnerischen Streitmacht und die Herbeiführung einer politischen Entscheidung mit Waffengewalt abzielt. Siehe dazu Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Ungekürzter Text nach der Erstauflage (1832-34), Ullstein Materialien, Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt/ M Berlin-Wien, 1980, Achstes Buch, Viertes Kapitel, s. 662 ff., und Herfried Münkler, Welt in Aufruhr, Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert, Rowohlt Berlin, Verlag GmbH, Berlin, S. 391-399., und Beatrice Heuser, Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike, Ferdinand Schöningh Verlag GmbH & Co.KG, Paderborn 2010, S. 131 – 230.

⁸ Ebenda (Vom Kriege), Fünftes Kapitel, S. 669 ff.

⁹ Clausewitz charakterisierte den absoluten Krieg als einen Krieg, der ein besonders hohes Maß an Energie und Fachkompetenz erfordert und gleichzeitig auf die Vernichtung der gegnerischen Streitmacht und die Herbeiführung einer politischen Entscheidung mit Waffengewalt abzielt. Siehe dazu Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Ungekürzter Text nach der Erstauflage (1832-34), Ullstein Materialien, Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt/ M Berlin-Wien, 1980, Achstes Buch, Viertes Kapitel, s. 662 ff., und Herfried Münkler, Welt in Aufruhr, Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert, Rowohlt Berlin, Verlag GmbH, Berlin, S. 391-399., und Beatrice Heuser, Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike, Ferdinand Schöningh Verlag GmbH & Co.KG, Paderborn 2010, S. 131 – 230.

¹⁰ Ebenda (Vom Kriege), Fünftes Kapitel, S. 669 ff.

¹¹ Siehe dazu: Sunzi, Die Kunst des Krieges, Kapitel III, Das Schwert in der Scheide, S. 31, Vollständige Taschenbuchausgabe 2001, Copyright James Clavell, Copyright 1988 der deutschsprachigen Ausgabe, Droemersch Verlagsanstalt Th. Knaur Nachfolger, München, S. 31, „In all Deinen Schlachten zu kämpfen und zu siegen ist nicht die größte Leistung. Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen.“

Flexibilität als Schlüssel: Statt starrer Pläne sollte eine Armee sich an veränderte Bedingungen anpassen, um das Kriegsende jederzeit vorteilhaft gestalten zu können.

2.1.3. Vergleich:

Clausewitz analysiert Krieg als politisches Mittel, das oft durch militärische Zermürbung oder strategische Siege beendet wird. Sun Tzu hingegen setzt stärker auf indirekte Kriegsführung und Diplomatie als Mittel, um Konflikte zu beenden oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

In der modernen Kriegsführung sehen wir beide Ansätze kombiniert: Konventionelle zwischenstaatliche Kriege folgen oft den Prinzipien oder Grundsätzen von Clausewitz, während hybride Kriegsführung und Cyberkrieg stark an die Lehren von Sun Tzu erinnern.

2.1.4. Praktisches Beispiel: Ein interessantes Beispiel ist der **Kalte Krieg (1947–1991)**, in dem sich Clausewitz' und Sun Tzus Theorien auf unterschiedliche Weise widerspiegeln.

2.1.4.1 Clausewitz und der Kalte Krieg

Der Kalte Krieg war eine Fortsetzung der politischen Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion mit anderen Mitteln (Wirtschaft, Stellvertreterkriege, Aufrüstung). Direkte militärische Konfrontationen, wie der Koreakrieg (1950–1953) und der Vietnamkrieg (1955–1975), folgten Clausewitzschen Prinzipien: In beiden Konflikten versuchten die beteiligten Nationen, ihre politischen Ziele durch den Einsatz militärischer Mittel zu erreichen.

Allerdings zeigt insbesondere der Vietnamkrieg die Grenzen einer solchen Herangehensweise auf. Die mangelnde Unterstützung der amerikanischen Bevölkerung führte zu öffentlichen Unruhen und Protesten, was die Kriegsanstrengungen erheblich beeinträchtigte. Dies verdeutlicht Clausewitz' Konzept der "wunderlichen Dreifaltigkeit", die die Wechselwirkung zwischen Regierung, Militär und Volk beschreibt.¹² Ein Krieg kann demnach nur erfolgreich geführt werden, wenn alle drei Elemente im Einklang stehen.

Darüber hinaus betonte Clausewitz die Unvorhersehbarkeit des Krieges, oft als "Nebel des Krieges"¹³ bezeichnet, der die Planung und Durchführung militärischer Operationen erschwert. Diese Ungewissheit war im Vietnamkrieg besonders ausgeprägt, da die asymmetrische Kriegsführung mit Guerillataktiken die überlegene konventionelle Militärmacht der USA unterlief.

Zusammenfassend illustrieren der Korea- und der Vietnamkrieg die Anwendung und auch die Herausforderungen der Clausewitzschen Prinzipien, insbesondere in Bezug auf die Integration von politischer Führung, militärischer Strategie und der Unterstützung durch die Bevölkerung. Letztlich endete der Kalte Krieg nicht durch eine große Schlacht, sondern durch die Erschöpfung der Sowjetunion, wirtschaftlichen Druck und politischen Wandel – genau wie Clausewitz es für viele Kriege beschrieben hat.

¹² Siehe dazu, Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, a.a.O., S. 36

¹³ Ebenda, S. 54, „Der Krieg ist das Gebiet der Ungewissheit; drei Vierteile derjenigen Dinge, worauf das Handeln im Kriege gebaut wird, liegen im Nebel einer mehr oder weniger großen Ungewissheit. Hier ist es also zuerst, wo ein feiner, durchdringender Verstand in Anspruch genommen wird, um mit dem Takte seines Urteils die Wahrheit herauszufühlen.“

2.1.4.2 Sun Tzu und der Kalte Krieg

Sun Tzus Idee, den Gegner zu schwächen, ohne offene Konfrontation, zeigt sich in der Strategie der Eindämmung (Containment), mit der die USA den Einfluss der UdSSR durch Bündnisse, Wirtschaftssanktionen und Propaganda eindämmten.

Der Begriff *Containment* wurde durch den US-Diplomaten George F. Kennan geprägt (in seinem "Long Telegram", 1946)¹⁴ und durch die Truman-Doktrin (1947) in eine offizielle Strategie überführt. Diese Strategie zielte darauf ab, den Einfluss der Sowjetunion durch ein Netz aus Bündnissen (z. B. NATO, SEATO) und Wirtschaftshilfen (z. B. Marshallplan) zu begrenzen.

Ein wichtiger Aspekt war der wirtschaftliche Druck auf die UdSSR. Die USA nutzten Handelsbeschränkungen, Embargos und Exportkontrollen, z. B. die sogenannte CoCom-Liste, um die technologische und wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion zu behindern.

Ein bedeutendes Beispiel für ergänzende psychologische Kriegsführung war die Strategic Defense Initiative (SDI), auch als „Star Wars“-Programm bekannt. Unter Präsident Ronald Reagan wurde 1983 dieses Raketenabwehrsystem angekündigt, das die USA gegen sowjetische Interkontinentalraketen immun machen sollte.¹⁵

Obwohl SDI technologisch bezogen auf die tatsächliche Implementierung unrealistisch war, setzte es die UdSSR unter enormen finanziellen Druck. Die sowjetische Führung sah sich gezwungen, eigene kostspielige Gegenmaßnahmen zu ergreifen, was die bereits geschwächte Wirtschaft zusätzlich belastete.

Letztlich endete der Kalte Krieg dann nicht durch eine militärische Konfrontation, sondern durch diplomatische Verhandlungen und innenpolitische Reformen in der UdSSR:

- Abrüstungsverträge: Verträge wie der INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty, 1987) und der START-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty, 1991) reduzierten das nukleare Wettrüsten.
- Durch Perestroika und Glasnost unter Michail Gorbatschow wurden wirtschaftliche und politische Reformen eingeleitet, die zu einer Öffnung des sowjetischen Systems führten.

¹⁴ Siehe dazu, Das lange Telegramm in: George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, Henry Goverts Verlag GmbH, Stuttgart 1968, S. 275 ff.

¹⁵ Siehe dazu Michael Rühle, Wie aktuell: Vor 35 Jahren setzte Reagan auf SDI, Gastkommentar, veröffentlicht am 22.03.2018, https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article174789075/Gastkommentar-Wie-aktuell-Vor-35-Jahren-setzte-Reagan-auf-SDI.html, abgerufen am 02.04.2025, „Auch sowjetische Politiker und Wissenschaftler versicherten, das amerikanische Abwehrsystem jederzeit durch weitaus kostengünstigere Gegenmaßnahmen überwinden zu können. Doch diese Behauptungen waren mühsam kaschierter Zweckoptimismus. Denn durch die mit der Strategischen Verteidigungsinitiative in Aussicht gestellte Änderung der nuklearen Spielregeln sah sich die Sowjetunion plötzlich mit einem massiven Problem konfrontiert: eine Rüstungskonkurrenz im Bereich nichtnuklearer Hochtechnologie würde man angesichts der allgemeinen ökonomischen Stagnation des Sowjetsystems nicht durchhalten können.“ und Gregor Schöllgen, Krieg, Hundert Jahre Weltgeschichte, Deutsche Verlagsanstalt, München, 1. Auflage 2019, S. 14, „Michael Gorbatschow, letzter Präsident der Sowjetunion, bis auf wenige Tage letzter Generalsekretär ihrer Kommunistischen Partei und Totengräber der einen wie der anderen, hat später berichtet, dass sich die Ausgaben für das Militär auf 40 Prozent des Staatshaushaltes beliefen und >>buchstäblich allen Zweigen der Volkswirtschaft die Lebenssäfte<< entzogen.“

- Die Schwächung der sowjetischen Wirtschaft und die Unzufriedenheit in den Ostblockstaaten führten 1989 zum Fall der Berliner Mauer und 1991 zur Auflösung der Sowjetunion.

2.1.5 Zwischenfazit:

Täuschung und psychologische Kriegsführung waren essenziell: Die USA nutzten z. B. die Strategic Defense Initiative (SDI, „Star Wars“), um die UdSSR in einen ruinösen Rüstungswettlauf zu treiben. Verhandlungen waren der Schlüssel. Statt einer totalen Niederlage der UdSSR endete der Kalte Krieg durch diplomatische Prozesse (z. B. Abrüstungsverträge, Perestroika und Glasnost unter Gorbatschow). In dem Konzept der Kriegsführung nach Sun Tzu, insbesondere dem Prinzip, den Gegner zu schwächen, ohne eine direkte Konfrontation einzugehen, spiegelt sich tatsächlich in der Containment-Strategie der USA während des Kalten Krieges wider. Die USA setzten dabei auf eine Kombination aus wirtschaftlichem Druck, diplomatischen Allianzen und ideologischer Auseinandersetzung, um die Expansion der UdSSR einzudämmen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die USA Clausewitzschen Druck (Wettrüsten, Stellvertreterkriege) mit Sun Tzus indirekter Kriegsführung (Spionage, wirtschaftliche Manipulation) kombinierten. Die Sowjetunion zerbrach schließlich ohne direkte Konfrontation, was genau Sun Tzus Ideal entspricht: Den Feind ohne Kampf zu besiegen.

2.2 Politikwissenschaftliche Perspektiven

Die in diesem Zusammenhang ausgewählten, prominentesten politikwissenschaftlichen Theorien¹⁶ zu den internationalen Beziehungen bieten unterschiedliche Erklärungen für das Ende von Kriegen:

2.2.1 Realismus

Der Realismus als Theorie der internationalen Beziehungen, der idealistische Denkschulen nach 1945 ablöste, stützt sich auf ältere Denker wie Thukydides¹⁷, Niccolò Machiavelli ("Der Fürst" – Realpolitik und Macht als zentrales Element der Herrschaft) und Thomas Hobbes ("Leviathan" – Naturzustand als Krieg aller gegen alle, wodurch ein starker Staat nötig wird) sowie auf jüngere wie Hans J. Morgenthau ("Politics Among Nations" – Klassischer Realismus), Macht als Hauptfaktor in der Politik), Kenneth N. Waltz ("Theory of International Politics" – Neorealismus, Struktur des internationalen Systems als entscheidender Faktor), John J. Mearsheimer ("The Tragedy of Great Power Politics" – Offensiver Realismus, Staaten streben nach Hegemonie), Henry Kissinger (Diplomatische Praxis und Realpolitik in der internationalen Ordnung), Arnold Wolfers (Er visualisierte die Kernaussage der Theorie des Realismus in den internationalen Beziehungen mit Billardkugeln¹⁸) und George F. Kennan (Konzept der

¹⁶ Nicht betrachtet wurde in diesem Zusammenhang der Institutionalismus als IB-Theorie.

¹⁷ Thukydides: "Der Peloponnesische Krieg, „Laut Thukydides liegt dem Lauf der Geschichte die unwandelbare menschliche Natur als Ursache zugrunde. Darum gilt er als geistiger Vater des politischen Realismus.“, <https://www.getabstract.com/de/zusammenfassung/der-peloponnesische-krieg/13956>, 31.03.2025.

¹⁸ Diesem Modell zufolge gleichen die Interaktionen zwischen Staaten dem Spiel von Billardbällen, die sich auf der internationalen Bühne ständig anziehen, abstoßen und in Bewegung halten, wobei das Innere der Billardkugeln (Innenpolitik und Sozialstruktur) keinen Einfluss auf ihren Lauf hat, wobei er diese Einflusslosigkeit ab den 1950er Jahren selbst angezweifelt hat.

Containment-Politik während des Kalten Krieges), um nur einen Ausschnitt der prominentesten zu nennen.¹⁹

Die zentralen Annahmen des Realismus sind, dass es eine Anarchie des internationalen Systems gibt, in dem Sicherheit ein zentrales Anliegen ist, es aber keine zentrale Autorität gibt, keine zentrale Instanz, die den Frieden garantiert. In diesem handeln die Staaten als zentrale Akteure rational in der Verfolgung ihrer nationalen Interessen, insbesondere in Bezug auf Macht²⁰ und Sicherheit. Macht und Interessen sind also die Haupttriebkraft, denn internationale Politik wird im System durch das Streben nach Macht bestimmt. In diesem setzen Staaten ihre Interessen mit militärischen, diplomatischen oder wirtschaftlichen Mitteln durch. Ein stabiler Frieden ist nur möglich, wenn Mächte ein Gleichgewicht herstellen, das Aggressionen unattraktiv macht. Daher wird ein Gleichgewicht der Kräfte (Balance of Power) angestrebt.

Kriege enden laut dieser Perspektive, wenn ein Machtgleichgewicht hergestellt wird, das weitere Kämpfe sinnlos oder zu kostspielig macht, eine der Konfliktparteien ihre militärischen Ziele erreicht und den Gegner zur Kapitulation oder zu einem Friedensschluss zwingt oder eine Hegemonialmacht den Konflikt dominiert und durch militärische oder politische Kontrolle langfristige Stabilität schafft.

Ein adäquates Beispiel ist das Ende des Zweiten Weltkriegs, als die Alliierten militärisch siegten und die Achsenmächte zur bedingungslosen Kapitulation zwangen.

2.2.2 Liberalismus

Der Liberalismus²¹ betont die Rolle internationaler Institutionen, Normen und wirtschaftlicher Verflechtungen bei der Beendigung von Kriegen. Diese theoretische Perspektive geht davon aus, dass Kooperation zwischen Staaten gefördert werden kann, wenn gemeinsame Interessen bestehen und Institutionen Mechanismen bereitstellen, um Konflikte friedlich zu lösen.

Wichtige Mechanismen des Liberalismus zur Beendigung von Kriegen sind diplomatische Verhandlungen und internationale Institutionen. Daher kommt internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (VN), der Europäischen Union (EU) oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine zentrale Rolle bei der Konfliktlösung zu. Sie bieten Plattformen für Verhandlungen, erleichtern Mediationsprozesse und überwachen Waffenstillstandsabkommen. Beispielsweise vermittelte die UNO erfolgreich bei zahlreichen regionalen Konflikten und trug zur Beendigung von Bürgerkriegen in Ländern wie El Salvador (1992) und Sierra Leone (2002) bei.

Ebenso bedeutsam sind aus der Sicht der Theorie des Liberalismus in den internationalen Beziehungen demokratische Regierungsformen für friedliche Konfliktlösungen. Die liberale Demokratietheorie, insbesondere die "Demokratischer-Frieden-These", argumentiert, dass Demokratien nie oder kaum je Kriege gegeneinander führen. Dies liegt wohl u.a. daran, dass in demokratischen Systemen öffentliche Meinungen und parlamentarische Entscheidungsprozesse eine Überbetonung militärischer Mittel erschweren und politische Führungskräfte dann eher

¹⁹ Siehe u.a. Jana Puglierin, Realismus als IB-Theorie, in: Richard Woyke, Johannes Varwick (Hrsg.), a.a.O., S. 394 ff.

²⁰ Zum Begriff der Macht in den internationalen Beziehungen siehe Christian Hacke, Macht, ebenda, S. 277 ff.

²¹ Siehe dazu, David Groten / Michael Stark, der Liberalismus als IB-Theorie, in: Richard Woyke, Johannes Varwick (Hrsg.), a.a.O., S. 267 ff.

diplomatische Lösungen suchen. Beispiele hierfür sind die langanhaltenden friedlichen Beziehungen zwischen westeuropäischen Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg.

Auch wirtschaftlicher Interdependenz wird als Friedensfaktor eine Bedeutung beigemessen. Eng verflochtene Wirtschaftssysteme reduzieren die Anreize für kriegerische Auseinandersetzungen, da Kriege wirtschaftliche Kosten verursachen und Handelsbeziehungen gefährden. Die Integration der europäischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere durch die Montanunion und später die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), schuf eine stabile Grundlage für Frieden zwischen früheren Kriegsgegnern wie Deutschland und Frankreich. Ein weiteres Beispiel ist die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und China, die trotz geopolitischer Spannungen eine direkte militärische Konfrontation bisher verhindert hat. Den 1. Weltkrieg hat wirtschaftliche Interdependenz allerdings nicht verhindert.

Das Ende des Kalten Krieges könnte u.a. auch als Beispiel²² für die liberale Theorie gesehen werden. Obwohl geopolitische und militärische Faktoren eine Rolle spielten, trugen wirtschaftliche Zusammenarbeit und diplomatische Initiativen maßgeblich mit zur Beendigung der Blockkonfrontation bei. Als Beispiele seien genannt:

- *Diplomatische Verhandlungen:* Gipfeltreffen zwischen den USA und der Sowjetunion, wie das Genfer Gipfeltreffen 1985 und das INF-Abkommen von 1987, führten zur Deeskalation und Abrüstung.
- *Wirtschaftlicher Druck und Reformen:* Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion zwangen Michail Gorbatschow zu Reformen wie Perestroika und Glasnost, die schließlich zur Öffnung des Landes führten.²³
- *Institutionelle Zusammenarbeit:* Organisationen wie die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterstützten den Dialog zwischen Ost und West.

2.2.3. Konstruktivismus

Der Konstruktivismus²⁴ als Theorie der internationalen Beziehungen, der sich Mitte der 90er Jahre nach Mauerfall und dem damaligen Ende des Ost-West-Konfliktes in den Theoriediskussionen etablierte, betont, dass Kriege nicht ausschließlich durch materielle Faktoren wie Macht und Ressourcen bestimmt werden, sondern maßgeblich auch durch Ideen, Identitäten und Normen beeinflusst sind. Kriege können demnach enden, wenn:

- sich die kollektiven Wahrnehmungen der Konfliktparteien ändern und Feindbilder aufgelöst werden,
- neue Normen und Diskurse über Frieden und Zusammenarbeit entstehen und
- ein Identitätswandel stattfindet, sodass frühere Feinde sich als Partner sehen.

Ein anschauliches Beispiel hierfür ist das Ende der Apartheid in Südafrika. Neben politischen Verhandlungen spielte der Wandel gesellschaftlicher Normen und Identitäten eine entscheidende Rolle bei der Beendigung des internen Konflikts.

²² Siehe dazu u.a., John Lewis Gaddis, *The Cold War: A New History*. New York: Penguin, 2006

²³ Siehe dazu auch FN 11.

²⁴ Siehe dazu u.a. Sarina Theys, *Introducing Constructivism in International Relations Theory*, E – International Relations, 23. Februar 2018, https://www.e-ir.info/2018/02/23/introducing-constructivism-in-international-relations-theory/?utm_source=chatgpt.com, abgerufen am 31.03.2025 und Wichard Woyke, Johannes Warwick (Hrsg.), a.a.O., S. 252 ff.

Die internationale Gemeinschaft entwickelte Normen gegen Rassentrennung, die den Druck auf das Apartheid-Regime erhöhten und letztlich auch zu dessen Ende beitrugen.

2.2.4. Zwischenfazit

Jeder dieser Ansätze bietet also eine unterschiedliche Erklärung für das Ende von Kriegen. Meist wirken mehrere Faktoren zusammen, und kein einzelner Ansatz kann alle Fälle vollständig erklären.

Der Liberalismus bietet ein Erklärungsmodell für die Beendigung von Kriegen durch internationale Institutionen, demokratische Regierungsführung und wirtschaftliche Verflechtung. Während nicht alle Konflikte durch liberale Mechanismen verhindert oder gelöst werden können, zeigen historische Beispiele, dass sie eine bedeutende Rolle in der internationalen Friedenssicherung spielen.

2.3. Typologie von Waffenstillständen

Waffenstillstände sind oft ein wichtiger Schritt zur Beendigung eines Konflikts. Sie unterscheiden sich in ihrer Dauer, Zielsetzung und politischen Dynamik. Die folgende Typologie bietet eine systematische Einordnung:

2.3.1 Temporäre Waffenstillstände

Diese dienen kurzfristigen Zwecken, etwa humanitären Feuerpausen zur Evakuierung von Zivilisten oder medizinischer Versorgung, wie z.B. verschiedene Feuerpausen im syrischen Bürgerkrieg. Als einige Beispiele für temporäre Waffenstillstände könne die nachfolgenden exemplarischen Beispiele stehen:

Jemen (Bürgerkrieg, 2015–heute): Mehrere kurzfristige Waffenruhen²⁵ wurden zwischen der von Saudi-Arabien geführten Koalition und den Huthi-Rebellen vereinbart, um humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Im April 2022 vermittelte die UNO eine zweimonatige Waffenruhe, die später verlängert wurde.

Gaza-Kriege (Israel-Palästina-Konflikt): Während der verschiedenen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas kam es immer wieder zu kurzen Feuerpausen, um Hilfslieferungen zu ermöglichen. Beispiele gibt es dazu bis heute.²⁶

Russland-Ukraine-Krieg (seit 2022): Temporäre Feuerpausen wurden in umkämpften Städten wie z.B. Mariupol angekündigt, um Fluchtkorridore für Zivilisten zu schaffen. Oft wurden diese Waffenruhen jedoch gebrochen oder scheiterten an der Umsetzung.

²⁵ Siehe dazu u.a., Mareike Transfeld, Drei Szenarien zum Jemen-Krieg, Waffenstillstandsverhandlungen, Nord-Süd-Konfrontation oder Spaltung?, SWP-Aktuell 3, Januar 2022, Berlin.

²⁶ So einigten sich z.B. im November 2023 Israel und die Hamas nach intensiven Kämpfen auf eine vier Tage andauernde Feuerpause, beginnend am 23. November 2023. Diese Vereinbarung, vermittelt durch Katar, Ägypten und die USA, sah die Freilassung von 50 israelischen Geiseln und 150 palästinensischen Gefangenen vor.

Bosnienkrieg (1992–1995): Während der Belagerung von Sarajevo²⁷ gab es mehrere vereinbarte Feuerpausen, um Hilfslieferungen der UN einzulassen oder Gefangene auszutauschen. Viele dieser Abkommen hielten jedoch ebenfalls nicht lange.

Koreakrieg (1950–1953): Vor der endgültigen Waffenstillstandserklärung am 27. Juli 1953²⁸ gab es mehrere lokale Feuerpausen, um Gefangenenaustausche oder die Bergung von Verwundeten und Toten zu ermöglichen.

All diese Waffenstillstände sind oder waren oft brüchig, erfüllen oder erfüllten aber zum Teil zumindest kurzfristig humanitäre Zwecke.

2.3.2 Eingefrorene Konflikte

Eingefrorene Konflikte entstehen in Regel dort, wo Konflikte nicht endgültig gelöst, sondern in einem Zustand ohne aktive Kampfhandlungen gehalten werden. Es sollen hier nur einige Beispiele genannt werden:

Der Koreakrieg (1950–1953), der mit einem Waffenstillstandsabkommen endete, aber bis heute keinen formellen Friedensvertrag zur Folge hatte.

Der Nahostkonflikt (Israel-Palästina) – Obwohl es immer wieder Pausen zwischen den Phasen bewaffneter Auseinandersetzungen gab und gibt, bleibt eine endgültige politische Lösung bisher aus.

Der Kaschmir-Konflikt (Indien-Pakistan) – Seit der Teilung Britisch-Indiens 1947 gibt es bis heute keine endgültige Lösung für die territoriale Frage Kaschmirs, was in der Vergangenheit immer wieder zu Kriegen (1947/48, 1965, 1971 und 1999) sowie bis heute zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Atommächten führte, zuletzt im Jahr 2025.

Zypern-Konflikt – Seit der türkischen Invasion 1974 ist die Insel in einen griechisch-zypriotischen Süden und einen türkisch-zypriotischen Norden geteilt. Eine abschließende Einigung der Konfliktparteien ist nicht in Sicht.

Transnistrien (Moldau) – Seit dem Bürgerkrieg 1992 ist Transnistrien faktisch unabhängig, aber international nicht anerkannt und „besetzt“ von sogenannten russischen „Friedenstruppen“.

Abchasien und Südossetien (Georgien) – Beide Regionen erklärten ihre Unabhängigkeit nach dem Zerfall der Sowjetunion, sind aber international bis heute nur von einzelnen Staaten anerkannt.

²⁷ Siehe dazu u.a. Miroslav Prstojevic, SARAJEVO, Die verwundete Stadt, DAG Grafika, Sarajewo, 1993, ISBN 961-224-002-7 und Help My, Bilder vom belagerten Leben, mit Texten von Friedhelm Brebeck und Fotografien von Ursula Meisner, Sarajevo 1992-1996, Reichold Verlag, Hannover, ISBN 3-930459-17-5.

²⁸ Siehe dazu u.a., Bundeszentrale für politische Bildung, 15. August 1948: Gründung der Republik Korea, 14.08.2023, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/524187/15-august-1948-gruendung-der-republik-korea/#node-content-title-3>, abgerufen am 31.03.2025, „Am 27. Juli 1953 unterzeichneten Nordkorea und die USA ein Waffenstillstandsabkommen. Bis heute gibt es keine exakten Opferzahlen; schätzungsweise starben während des Koreakrieges 3,5 bis 4,5 Millionen Menschen. Weite Teile des Landes wurden zerstört. Beide Seiten einigten sich in der Folge auf eine etwa 250 Kilometer lange und vier Kilometer breite entmilitarisierte Zone, die ungefähr dem Verlauf der ursprünglichen Demarkationslinie folgt.“

Ostukraine (Donbass-Krieg) – Seit 2014 bis zum Beginn des groß angelegten völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 gab es trotz Waffenstillstandsabkommen (Minsk I und II) immer wieder Spannungen und auch Kampfhandlungen zwischen der Ukraine und prorussischen Separatisten.

2.3.3 Verhandelte Waffenstillstände als Vorstufe zum Frieden

Diese Art von Waffenstillstand ist oft Teil eines umfassenderen Friedensprozesses. Ein prominentes und immer wieder zitiertes Beispiel dafür ist der Waffenstillstand von Compiègne (11.11.1918), der das Ende des Ersten Weltkriegs einleitete. Ein Waffenstillstand, der Teil eines umfassenderen Friedensprozesses ist, wird oft auch als "präliminärer Waffenstillstand" oder "vorläufiger Waffenstillstand" bezeichnet. Hier sind einige weitere Beispiele:

Nach dem Scheitern aller Ausbruchsversuche und Entlastungsangriffe beendete am 28. Januar 1871 ein auf 21 Tage befristeter Waffenstillstand den Deutsch-Französischen Krieg teilweise. Er galt nicht für jene Departments im Südosten Frankreichs, in denen noch gekämpft wurde und war Vorstufe für den Vorfrieden von Versailles vom 26. Februar und endgültigen Frieden von Frankfurt vom 10. Mai 1871.

Mit dem Waffenstillstand von Thessaloniki vom 29. September 1918 nach dem Zusammenbruch der Salonikifront schied Bulgarien aus dem Krieg der Mittelmächte gegen die Alliierten aus.

Der *Waffenstillstand von Mudros (30. Oktober 1918)*²⁹ – beendete die Feindseligkeiten zwischen dem Osmanischen Reich und den Alliierten und leitete den Zerfall des Osmanischen Reiches ein.

Der *Waffenstillstand von Villa Giusti (3. November 1918)*³⁰ – beendete die Kämpfe zwischen Italien und Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg.

Der *Pariser Waffenstillstand (27. Januar 1973)*³¹ – beendete offiziell den Vietnamkrieg zwischen den USA, Nordvietnam und Südvietnam und führte zur Beendigung der US-Militärintervention.

All diese Waffenstillstände waren entscheidende Schritte auf dem Weg zu dann folgenden, längeren Friedensverhandlungen.

2.3.4 Erzwungene oder einseitige Waffenstillstände

Es gibt eine Reihe von historischen Beispielen für unilateral durchgesetzte Waffenstillstände, bei denen eine Kriegspartei die Kampfhandlungen einstellte, ohne dass eine formale Einigung mit der Gegenseite bestand. Hier sind einige Beispiele:

²⁹ Siehe dazu den Text des Abkommens in Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, Band 6. Die Weimarer Republik 1918/19–1933 Der Waffenstillstand von Mudros (30. Oktober 1918), https://ghdi.ghi-dc.org/pdf/deu/armistice_turk_ger.pdf, abgerufen am 31.03.2025.

³⁰ Siehe dazu, Österreichisches Staatsarchiv, <https://www.oesta.gv.at/veroeffentlichungen/archivale-des-mo-nats/waffenstillstand-villa-giusti.html>, abgerufen am 31.03.2025.

³¹ Siehe Auszüge aus den Pariser Friedensabkommen (1973), <https://de.alphahistory.com/Vietnamkrieg/Ausz%C3%BCge-Pariser-Friedensabkommen-1973/>, abgerufen am 31.03.2025.

Koreanischer Krieg (1950–1953) – Obwohl der Koreakrieg mit dem Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom 1953 endete, hat Südkorea dieses Abkommen nie unterzeichnet. Es gab Phasen, in denen eine Seite die Kampfhandlungen einstellte, während die andere weitermachte oder sich nicht offiziell verpflichtete.

Vietnamkrieg (1955–1975) – 1968 verkündete die US-Regierung unter Präsident Lyndon B. Johnson ein einseitiges Ende der Bombardierungen Nordvietnams, um Friedensverhandlungen in Paris zu ermöglichen. Dies geschah, ohne dass die nordvietnamesische Seite eine formelle Zusage für einen Waffenstillstand machte.

Russisch-Ukrainischer Krieg (seit 2014) – Es gab mehrere einseitig erklärte Feuerpausen, insbesondere von der Ukraine, um humanitäre Korridore zu ermöglichen, etwa während der Belagerung von Mariupol 2022. Allerdings wurden diese Waffenstillstände oft nicht von der anderen Seite eingehalten.

Nahostkonflikt (neben Israel-Palästina) – Während des Libanonkriegs 2006 rief Israel zu Waffenpausen auf, um humanitäre Hilfe in den Südlibanon zu bringen. Die Hisbollah setzte ihre Angriffe jedoch oft fort. Es gab keine formelle Vereinbarung.

Bürgerkrieg in Sri Lanka (1983–2009) – In den frühen 2000er Jahren erklärte die sri-lankische Regierung mehrmals einseitige Waffenruhen in Verhandlungen mit den Tamil Tigers (LTTE), doch diese wurden nicht immer von der Gegenseite eingehalten.

Diese Beispiele zeigen, dass erzwungene oder unilateral erklärte Waffenstillstände oft taktisch motiviert sind, sei es für diplomatische Zwecke, humanitäre Erwägungen oder als Versuch, internationalen Druck zu reduzieren.

2.3.5 Internationale Überwachung und Implementierung

Internationale Organisationen wie die UNO spielen eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung und Überwachung von Waffenstillständen und es gibt zahlreiche Beispiele für UNO-Friedensmissionen, die zur Überwachung und Durchsetzung von Waffenstillständen beitragen. Hier sind beispielhaft einige wenige:

*UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon)*³² – Seit 1978 im Libanon zur Überwachung des Waffenstillstands zwischen Israel und der Hisbollah.

*MONUSCO (United Nations Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of the Congo)*³³ – Eine der größten UN-Missionen zur Stabilisierung und Friedenssicherung in der DR Kongo.

*UNDOF (United Nations Disengagement Observer Force)*³⁴ – Seit 1974 auf den Golanhöhen zur Überwachung des Waffenstillstands zwischen Israel und Syrien. Es ist eine der am längsten andauernden Missionen der Vereinten Nationen.

³² Siehe dazu UNIFIL, <https://unifil.unmissions.org/>, abgerufen am 02.04.2025

³³ Siehe dazu, MONUSCO, <https://monusco.unmissions.org/en>, abgerufen am 02.04.2025.

³⁴ Siehe dazu UNDOF, <https://undof.unmissions.org/>, abgerufen am 02.04.2025.

*UNAMID (African Union-United Nations Hybrid Operation in Darfur)*³⁵ – Eine gemeinsame Mission der UN und der Afrikanischen Union (AU) zur Friedenssicherung in der sudanesischen Region Darfur (2007–2020).

2.4 Zwischenfazit

Das Ende eines Krieges kann aus verschiedenen theoretischen Perspektiven betrachtet werden. Während klassische Theorien oft von militärischer Entscheidung und politischem Kalkül ausgehen, betonen moderne politikwissenschaftliche Ansätze die Rolle von Institutionen, Normen und Machtstrukturen. Waffenstillstände sind zentrale Elemente vieler Kriegsenden und können sehr unterschiedliche Formen annehmen – von kurzfristigen Feuerpausen bis hin zu stabilen, langfristigen Lösungen unter internationaler Überwachung.

Die Typologie von Waffenstillständen bietet eine analytische Grundlage, um unterschiedliche Dynamiken von Kriegsbeendigungen systematisch zu erfassen.

3. Historische Beispiel für Kriegsenden und ihre militärischen Bestimmungen

Kriegsenden sind von entscheidender Bedeutung für die Neuordnung politischer und militärischer Strukturen.³⁶ Die Bedingungen, unter denen Kriege enden, bestimmen nicht nur den Frieden, sondern auch die militärischen Rahmenbedingungen für die Nachkriegszeit. In diesem Kapitel werden verschiedene historische Beispiele betrachtet, die zeigen, wie sich militärische Bestimmungen in Friedensschlüssen entwickelt haben.

3.1 Traditionelle Kriege und ihre Beendigung

3.1.1 Der Westfälische Frieden (1648) – Demobilisierung und Abrüstung

Der Westfälische Frieden von 1648³⁷, dem seit den 1630er Jahren etliche Bemühungen zur Beendigung des Krieges („Die Präliminarfriedens Vereinbarung“ – so Herfried Münkler) vorausgegangen waren³⁸, beendete den Dreißigjährigen Krieg und enthielt Bestimmungen zur Neuordnung der territorialen und politischen Verhältnisse Europas. Allerdings regelte der Vertrag selbst nicht die Demobilisierung der Heere. Stattdessen wurde die Abrüstung der Armeen und die Räumung besetzter Gebiete auf dem Nürnberger Exekutionstag von 1649 bis 1650 verhandelt. Die Söldnerarmeen, die während des Krieges angeworben worden waren, wurden aufgelöst, und viele Staaten reduzierten ihre militärischen Kapazitäten erheblich, um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten.

Die Heere des Dreißigjährigen Krieges bestanden hauptsächlich aus Söldnern. Insgesamt standen nach dem Friedensschluss Schätzungen zufolge Ende 1648 bis zu 150.000 Soldaten im Reich, die nach Kriegsende entlassen werden mussten.

³⁵ Siehe dazu UNAMID, <https://unamid.unmissions.org/>, abgerufen am 02.04.2025.

³⁶ Siehe dazu auch Jörg Echternkamp (Hrsg.), a.a.O.

³⁷ Als Westfälischer Friede wird die Gesamtheit der zwischen dem 15. Mai und dem 24. Oktober 1648 in Münster und Osnabrück geschlossenen Friedensverträge bezeichnet, die den dreißigjährigen Krieg in Deutschland und zugleich den achtzigjährigen Unabhängigkeitskrieg der Niederlande beendeten.

³⁸ Siehe dazu auch, Herfried Münkler, *Der Dreißigjährige Krieg, Europäische Katastrophe, Deutsches Trauma, 1618-1648*, Rowolth Berlin Verlag GmbH, Berlin, 1. Auflage 2017, S. 745ff.

Die schwedische Armee, die mit etwa 60.000 Soldaten die größte im Reich war, besetzte zahlreiche feste Plätze. Um die Soldaten aus dem Dienst zu entlassen, forderte Schweden sogenannte "Militärsatisfaktionen", Geldzahlungen der Reichsstände. Die einheimischen Soldaten wurden über Ostseehäfen nach Schweden und Finnland zurückgeführt.

Die kaiserliche Armee verfügte am Kriegsende über etwa 37.000 Mann. Der Generalkriegskommissar Ernst von Traun reduzierte die Truppen schrittweise, wobei ein Kern von etwa 20.000 Mann erhalten blieb. Es gab Bestrebungen, entlassene Soldaten in spanische Dienste zu überführen, was jedoch auf Widerstand stieß und zu Meutereien führte, beispielsweise in Oberösterreich im Juni 1649. Die Demobilisierung der Heere nach dem Westfälischen Frieden war ein komplexer Prozess, der bis 1650 andauerte. Die meisten Söldner wurden entlassen, einige traten in die Dienste anderer Mächte, während viele in ihre Heimatregionen zurückkehrten oder in entvölkerten Gebieten angesiedelt wurden.

Insgesamt führte das Kriegsende zu einer erheblichen Reduzierung der militärischen Kapazitäten der beteiligten Staaten und zu einer Um- und Neuorganisation des Kriegswesens insgesamt (weg von privaten Kriegsunternehmern hin zum Aufbau und Unterhalt eines stehenden Heeres)³⁹, was damals als Schritt in Richtung eines dauerhaften Friedens angesehen wurde.

3.1.2 Die Napoleonischen Kriege und der Wiener Kongress (1815) – Neuordnung der Armeen Europas

Mit der Niederlage Napoleons und dem Ende der Koalitionskriege stand Europa vor einer umfassenden politischen und militärischen Neuordnung. Der Wiener Kongress (1814/15) hatte das Ziel, eine stabile Friedensordnung zu schaffen und die militärischen Strukturen der europäischen Staaten neu zu organisieren. Eine zentrale militärische Bestimmung war die Rückkehr zu stehenden Armeen unter staatlicher Kontrolle, um das Modell der Massenheere, das durch die Französische Revolution und Napoleons Kriege populär geworden war, einzuschränken.

Die europäischen Großmächte – insbesondere Österreich, Preußen, Russland und Großbritannien – bemühten sich, ein Gleichgewicht der Kräfte („Balance of Power“) herzustellen, um eine erneute militärische Expansion eines einzelnen Staates zu verhindern. In diesem Kontext wurde die allgemeine Wehrpflicht, die in Frankreich eine Schlüsselrolle gespielt hatte, in mehreren Ländern eingeschränkt oder reformiert. Beispielsweise führte Preußen 1814 das „Krümpersystem“ ein, das eine verkürzte Dienstzeit mit einer großen Reserve verband, um eine effektive Armee bei reduzierter Truppenstärke zu gewährleisten⁴⁰.

Darüber hinaus wurde im Deutschen Bund, der als lose Föderation der deutschen Staaten geschaffen wurde, eine Regulierung der Truppenstärken beschlossen: Die Bundesakte legte eine Begrenzung der Heere fest, um das militärische Gleichgewicht zu sichern⁴¹.

³⁹ Siehe dazu, Herfried Münkler, *Welt in Aufruhr, Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*, Rowohlt Berlin Verlag GmbH, Berlin, 2023, S. 384 ff.

⁴⁰ Siehe dazu, Gordon A. Craig, *The Politics of the Prussian Army 1640-1945*, Oxford University Press, 1955.

⁴¹ Siehe dazu u.a., Karl Otmar Freiherr von Aretin, *Die deutschen Staaten und die Habsburgermonarchie 1763-1806*, Vandenhoeck & Ruprecht, 2013.

Die britische Politik zielte darauf ab, ein übermäßiges französisches oder russisches Übergewicht in Europa zu verhindern, während Russland weiterhin über eine große Armee verfügte, aber keine unmittelbaren Expansionen plante⁴².

Diese militärischen Vereinbarungen sollten dazu beitragen, eine langfristige Friedensordnung zu gewährleisten – ein Ziel, das für einige Jahrzehnte auch weitgehend erreicht wurde. Erst mit den revolutionären Bewegungen ab 1848, dem Aufstieg nationalistischer Strömungen gerieten die Bestimmungen des Wiener Kongresses zunehmend unter Druck bis dann Russlands Niederlage im Krim-Krieg 1856, die von den Großmächten garantierte Wiener Ordnung machtpolitisch de facto zerstörte

3.2. Moderne Kriege und militärische Klauseln in Friedensverträgen

3.2.1 Erster Weltkrieg: Versailler Vertrag (1919) – Abrüstung Deutschlands

Der *Waffenstillstand von Compiègne*⁴³, der dem Versailler Vertrag vorausging, wurde am 11. November 1918 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten unterzeichnet und beendete die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs. Wesentliche Inhalte des Waffenstillstands:

- Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten – Einstellung aller militärischen Operationen an Land, zur See und in der Luft ab dem 11. November 1918, 11:00 Uhr.
- Räumung aller besetzten Gebiete durch deutsche Truppen binnen 15 Tagen, insbesondere Frankreich, Belgien und Luxemburg sowie Elsass-Lothringen.
- Besetzung des linken Rheinufer durch alliierte Truppen sowie Einrichtung von Brückenköpfen (50 km Tiefe) in Köln, Mainz und Koblenz.

Dazu kam die Abgabe von militärischer Ausrüstung, darunter u.a. 5.000 Geschütze, 25.000 Maschinengewehre, 1.700 Flugzeuge, 5.000 Lokomotiven und 150.000 Eisenbahnwaggons, die Auflösung der deutschen U-Boot-Waffe und die Auslieferung vieler Kriegsschiffe, der Rückzug aus Osteuropa (Deutsche Truppen mussten aus den besetzten Gebieten in Russland, aus der Ukraine und aus dem Baltikum abziehen), die Fortsetzung der alliierten Blockade gegen Deutschland und die Freilassung alliierter Kriegsgefangener, während deutsche Gefangene erst später entlassen wurden. Darüber hinaus erfolgte die Verlängerung des Waffenstillstands (ursprünglich auf 36 Tage angesetzt), bis ein endgültiger Friedensvertrag (Versailler Vertrag) ausgehandelt wurde.

Der *Versailler Vertrag*⁴⁴ vom 18. Juni 1919 enthielt umfassende Abrüstungsbestimmungen für Deutschland, die eine erneute militärische Bedrohung durch Deutschland verhindern sollten.

Gleichzeitig erfolgte mit dem Versailler Vertrag ein Teil der territorialen und politischen Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg mit u.a. den folgenden Konsequenzen für Deutschland: Deutschland verlor rund 13 % seines Territoriums, Elsass-Lothringen fiel an Frankreich zurück (Art. 51), Westpreußen, Posen und Teile Oberschlesiens gingen an Polen

⁴² Siehe dazu, Mark Jarrett, *The Congress of Vienna and its Legacy: War and Great Power Diplomacy after Napoleon*, I.B. Tauris, 2013

⁴³ Der vollständige Vertragstext des Waffenstillstands von Compiègne vom 11. November 1918 ist online verfügbar, eine deutsche Version bietet die Württembergische Landesbibliothek Stuttgart in ihrer digitalen Sammlung das Werk "Der Waffenstillstand 1918-1919" an: https://digital.wlb-stuttgart.de/sammlungen/sammlungsliste/werksansicht?tx_dlf%5Bdouble%5D=0&tx_dlf%5Bid%5D=12113&tx_dlf%5Border%5D=title&tx_dlf%5Bpage%5D=1&cHash=83354bb1465e85b97f78be68f044df59, abgerufen am 28.03.2025

⁴⁴ Vertragstext: *Treaty of Versailles, 1919*, <https://avalon.law.yale.edu/imt/partv.asp>, abgerufen am 28.03.2025.

(Art. 87-93), das Saargebiet wurde für 15 Jahre unter die Verwaltung des Völkerbundes gestellt (Art. 45-50).

Darüber hinaus gab es noch die folgenden Bestimmungen zur Demobilisierung der Streitkräfte: Das deutsche Heer wurde auf 100.000 Mann begrenzt (die Marine auf 15.000), ohne schwere Artillerie, Panzer oder Luftwaffe (Art. 159-163), die allgemeine Wehrpflicht wurde abgeschafft (Art. 173), Deutschland durfte keine U-Boote oder Großkampfschiffe besitzen (Art. 181), und die sogenannte Rheinlandzone wurde entmilitarisiert (Art. 42-44). Darüber hinaus wurde die Gründung des Völkerbundes zur Friedenssicherung beschlossen (Teil I des Vertrags)⁴⁵, von dem Deutschland zunächst ausgeschlossen blieb.

Diese Bestimmungen des Vertrages waren weitreichend und zielten darauf ab, Deutschland dauerhaft militärisch zu schwächen und somit die Stabilität Europas zu sichern. Gravierend war für Deutschland die alleinige Zumessung der Kriegsschuld. Beides, insbesondere aber die alleinige Zumessung der Kriegsschuld hatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit das Potenzial, in Deutschland innenpolitisch instrumentalisiert zu werden, was dann auch geschah. „Kriegsschuldlegende“ und Dolchstoßlegende⁴⁶ wurden die beiden „Zwillingslegenden“ und waren bald die Waffen, mit denen reaktionäre Kreise die ohnehin ungeliebte Weimarer Republik zu zerstören versuchten.⁴⁷ Langfristig trug der Vertrag von Versailles (1919) durch harte Bedingungen und fehlende Durchsetzungsmechanismen zu einem neuen Konflikt bei. Dies gilt auch für die übrigen Vor-Ort-Verträge mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reich 1919/20. Allein dem Osmanischen Reich bzw. der neuen Türkei gelingt es 1923 nach militärischen Erfolgen gegen das von den Alliierten unterstützte Griechenland, einen anderen Vertrag (Lausanne) mit besseren Bedingungen durchzusetzen.

3.2.2 Koreakrieg: Waffenstillstand von 1953 – Entmilitarisierte Zone (DMZ)

Der Koreakrieg (1950-1953) endete nicht mit einem formellen Friedensvertrag. Nach 765 Konferenzen unterzeichneten China, Nordkorea und die UNO (vertreten durch die USA) schließlich am 27. Juli 1953 das Waffenstillstandsabkommen⁴⁸, mit dem die Kampfhandlungen beendet wurden. Bis dahin waren in diesem Krieg 940.000 Soldaten gefallen und etwa drei Millionen Zivilisten getötet worden. Dieses Abkommen legte nicht nur die militärischen Bestimmungen fest, die den Konflikt beendeten, sondern auch die Grundlagen für die heutige Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea. Darüber hinaus wurde eine entmilitarisierte Zone (DMZ) entlang des 38. Breitengrads eingerichtet, um künftige Konflikte zu verhindern.

Die zentralen Punkte des Waffenstillstandsabkommens umfassen:

- *Einstellung der Feindseligkeiten*: Beide Seiten verpflichteten sich zur sofortigen Beendigung aller Kampfhandlungen.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Siehe dazu, Gerhard P. Groß, Das Ende des Ersten Weltkrieges und die Dolchstoßlegende, Philipp Reclam Jun. Verlag GmbH, Stuttgart, 2018, insbesondere S. 111-145, und Herfried Münkler, Der große Krieg, Die Welt 1914 – 1918, Rowolth Berlin Verlag GmbH, Berlin, 4. Auflage 2014, S. 653 ff. (Ludendorfs Vabanque und der Zusammenbruch der Mittelmächte) und Jörn Leonhard, Über Kriege und wie man sie beendet, Zehn Thesen, Verlag C:H: Beck, München 2023, S. 78..

⁴⁷ Michael Epkenhans, Der Erste Weltkrieg, Seminarbuch Geschichte, Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn, 2015, S. 246.

⁴⁸ TEXT OF THE KOREAN WAR ARMISTICE AGREEMENT , July 27, 1953, <http://news.findlaw.com/cnn/docs/korea/kwarmagr072753.html>, abgerufen am 31.03.2025

- *Festlegung einer Demilitarisierten Zone (DMZ)*: Eine etwa 250 Kilometer lange und vier Kilometer breite Zone wurde entlang der militärischen Demarkationslinie eingerichtet, die die koreanische Halbinsel von West-Südwest nach Ost-Nordost durchquert. Diese Zone dient als Puffer zwischen den beiden Staaten, wobei die tatsächliche Grenze, die Militärische Demarkationslinie (MDL), in ihrer Mitte auf einer Länge von ca. 248 km verläuft. Nach den Festlegungen des Abkommens wurden alle Siedlungen innerhalb der entmilitarisierten Zone – also auch der ursprünglich Panmunjeom genannte Ort – geräumt.
- *Einrichtung der Waffenstillstandskommission (Military Armistice Commission, MAC)*: Diese Kommission, bestehend aus Vertretern beider Seiten, wurde zur Überwachung der Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens eingesetzt.
- *Einsatz der Neutral Nations Supervisory Commission (NNSC)*: Diese Kommission unterstützt das Waffenstillstandsabkommen durch Überwachungen, Beobachtungen, Inspektionen und Untersuchungen. Sie stellt sicher, dass keine weiteren ausländischen Truppen und kein Militärgerät in Korea eingeführt werden. Die neutralen Staaten in dieser Kommission waren Schweden und die Schweiz für Südkorea sowie Polen und die Tschechoslowakei für Nordkorea.

Diese Bestimmungen wurden getroffen, um weitere militärische Auseinandersetzungen zu verhindern und einen stabilen Waffenstillstand auf der koreanischen Halbinsel zu gewährleisten. „1954 hatten die USA noch etwa 225.000 Soldaten vor Ort, heute sind es noch ca. 30.000. Bis 1991 hatten die USA zudem Atomwaffen in Südkorea stationiert. Die USA demonstrierten politisch klar eine Sicherheitsgarantie.“⁴⁹

Trotz dieser Bestimmungen blieb die militärische Spannung zwischen Nord- und Südkorea bis heute bestehen.⁵⁰

3.3 Asymmetrische Konflikte

3.3.1 Jugoslawienkriege: Dayton-Abkommen (1995) – NATO-Truppenpräsenz zur Stabilisierung

Das Dayton-Abkommen beendete den Bosnienkrieg und enthielt spezifische militärische Regelungen, darunter die Stationierung von NATO-Truppen zur Friedenssicherung. Ziel war es, die Waffenstillstandsbedingungen zu überwachen und langfristige Stabilität in der Region zu gewährleisten. Das Dayton-Abkommen, das im November 1995 ausgehandelt, am 21. November 1995 paraphiert und am 14. Dezember 1995 in Paris offiziell unterzeichnet wurde, beendete den Bosnienkrieg und legte die Grundlagen für den erhofften Frieden in Bosnien und Herzegowina. Die Vorverhandlungen dazu begannen allerdings schon wesentlich früher.⁵¹ Die wesentlichen militärischen Bestimmungen des Abkommens sind⁵²:

⁴⁹ Claudia Major, Aldo Kleemann, Modelle zur Absicherung eines möglichen Waffenstillstandes in der Ukraine, Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Arbeitspapier (AP) Nr. 02, SWP, Berlin, Januar 2024, S. 7.

⁵⁰ BMVg, Sicherheitspolitik, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/united-nations-command-hueter-des-waffenstillstandes-in-korea-5838988>, abgerufen am 31.03.2025.

⁵¹ Siehe dazu u.a., Richard Holbrooke, To end a War, Random House, Inc., New York and Random House of Canada Limited, Toronto, 1998.

⁵² Siehe dazu: The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina; gfa:Pdf; <https://www.ndcsarajevo.org/files/Dayton%20Peace%20Agreement.pdf>, abgerufen am 24.03.2025 und Bosnia and Herzegovina; Essential Texts (second revised and updated edition), Office of the High Representative, Sarajevo, January 1998.

Waffenstillstand und Truppenrückzug - Sofortiger und dauerhafter Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien und Rückzug aller Truppen hinter die festgelegten Demarkationslinien innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten des Abkommens.

Entmilitarisierte Zonen und Waffenreduzierung - Einrichtung einer 4 km breiten entmilitarisierten Zone entlang der Waffenstillstandslinie (2 km auf jeder Seite) und Begrenzung der Waffensysteme und Truppenstärken der bosnischen, kroatischen und serbischen Streitkräfte gemäß einem separaten Rüstungskontrollabkommen.

Internationale Militärpräsenz (IFOR und später SFOR, dann EUFOR Althea) - Stationierung der NATO-geführten Implementation Force (IFOR) mit etwa 60.000 Soldaten zur Überwachung der Umsetzung der militärischen Bestimmungen. Diese Truppe bestand aus Soldaten der NATO-Staaten sowie einiger Partnerländer aus dem ‚Partnership for Peace Programm‘ der NATO. IFOR ersetzte die UNPROFOR-Mission und hatte das Mandat, das Friedensabkommen militärisch zu sichern.

Im Dezember 1996 wurde sie durch die kleinere SFOR (Stabilization Force) mit 31.000 Soldaten abgelöst. SFOR wurde später schrittweise reduziert und schließlich 2004 durch die EU-geführte EUFOR Althea-Mission abgelöst, die nach dem ‚Berlin plus‘ Abkommen⁵³ unter Rückgriff auf NATO-Ressourcen durch den Deputy SACEUR geführt wurde.

Verbot paramilitärischer und irregulärer Truppen - Auflösung aller nicht regulären militärischen Formationen und Verbot von militärischen Operationen gegen andere ethnische Gruppen oder Gebiete.

Freiheit der Bewegung und Entwaffnung - Gewährleistung der freien Bewegung von Menschen, Gütern und Hilfslieferungen und Entwaffnung von nicht-staatlichen Gruppen und Übergabe schwerer Waffen an internationale Kontrolle.

Wiederaufbau und Reform der Streitkräfte - Ziel der Integration der Streitkräfte der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Armee der Republika Srpska unter internationalen Normen. Eine spätere Reform führte zur Schaffung einheitlicher Streitkräfte für ganz Bosnien und Herzegowina.

Das Dayton-Abkommen war entscheidend für die Beendigung des Krieges und die Stabilisierung der Sicherheitslage in der Region, auch wenn es Bosnien und Herzegowina in zwei weitgehend autonome Entitäten (Föderation Bosnien und Herzegowina sowie Republika Srpska) aufteilte und die politischen Spannungen bis heute⁵⁴ noch vielfach weiter bestehen. Die Schwierigkeiten beim State Building⁵⁵ nach den jugoslawischen Zerfallskriegen wirken im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina bis heute nach und tragen erheblich zur Unruhe auf dem Gebiet des Westbalkan bei.

⁵³ Siehe dazu u.a., BMVg, Die Zusammenarbeit von Europäische Union und NATO, <https://www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik/gsvp-sicherheits-verteidigungspolitik-eu/zusammenarbeit-nato-eu>, abgerufen am 10.04.2025.

⁵⁴ Siehe dazu u.a., Deutschlandfunk, Bosnien und Herzegowina. Droht ein neuer Krieg auf dem Balkan?, 12.03.2025, <https://www.deutschlandfunk.de/bosnien-herzegowina-republika-srpska-milorad-dodik-100.html>, abgerufen am 10.04.2025.

⁵⁵ Siehe dazu u.a., Berit Bliesemann de Guevara, Florian P. Kühn, Illusion Statebuilding, Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt, Edition Körber-Stiftung, Hamburg, 2010.

3.3.3 Israel-Palästina: Camp-David-Abkommen (1978) und Sicherheitszonen

Das Camp-David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten (1978) enthielt militärische Vereinbarungen wie die Einrichtung von Pufferzonen und eine teilweise Truppenrückzugsverpflichtung.⁵⁶ Diese Maßnahmen sollten die Sicherheit in der Region gewährleisten und weitere Konflikte verhindern.

Das Abkommen legte den Grundstein für den Friedensvertrag von 1979 und enthielt wichtige militärische Bestimmungen zur Demilitarisierung des Sinai sowie zur Einrichtung von Sicherheitszonen. Diese Regelungen sollten zukünftige Konflikte verhindern und Sicherheitsinteressen beider Seiten wahren.

Artikel II des Anhangs I des Friedensvertrags sieht vier Sicherheitszonen vor, drei auf dem Sinai in Ägypten und eine in Israel entlang der internationalen Grenze.

Der Sinai wurde in drei Zonen unterteilt, um die militärische Präsenz beider Staaten zu begrenzen: Erstens, die *Zone A (Ägyptische Seite)*, westlich der Suezkanal-Zone. Hier darf Ägypten eine begrenzte Streitmacht von max. 22.000 Soldaten stationieren. Zweitens, die *Zone B (Mittel-Sinai, östlich von Zone A)*, hier dürfen nur ägyptische Polizei und Grenzschutzkräfte stationiert werden. Dies soll zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung beitragen. Drittens, die *Zone C (Direkt an der Grenze zu Israel, einschließlich der strategischen Halbinsel Taba)*, hier sind keine ägyptischen Truppen erlaubt, nur eine multinationale Friedensstruppe (MFO - Multinational Force and Observers) zur Überwachung der Einhaltung des Abkommens. Viertens, die *Zone D (Israelische Seite, westlich der israelischen Grenze)*, hier darf Israel nur eine minimale militärische Präsenz haben (max. 4.000 Soldaten).

Die aufgezeigten Umfangsbegrenzungen der Streitkräfte und der militärischen Ausrüstung innerhalb der einzelnen Zonen sind in Anhang I des Vertrags festgelegt.

Die Multinational Force and Observers (MFO) ist eine internationale Friedenstruppe, die seit 1981 die Einhaltung des Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel überwacht. Die MFO ist eine unabhängige Organisation und nicht Teil der Vereinten Nationen oder einer anderen internationalen Institution. Das Hauptquartier der MFO befindet sich in Rom, mit Regionalbüros in Tel Aviv und Kairo. Die beiden Hauptstützpunkte sind "North Camp" bei El Gorah und "South Camp" nahe Scharm El-Scheich am Roten Meer. Die Friedenstruppe besteht aus Personal aus 13 Ländern mit einer autorisierten Gesamtstärke von 1165 Personen (Stand: 2025).

Die Hauptaufgaben der MFO umfassen die Überwachung der Sicherheitsbestimmungen des Friedensvertrags, den Betrieb von Kontrollpunkten und Beobachtungsposten sowie die Durchführung von Patrouillen entlang der Grenze zwischen Ägypten und Israel. Zudem stellt die MFO die Freiheit der internationalen Schifffahrt in der Straße von Tiran und dem Zugang zum Golf von Aqaba sicher.

Das Abkommen trug bei zum ersten dauerhaften Frieden zwischen Israel und einem arabischen Nachbarstaat. Der Sinai wurde vollständig an Ägypten zurückgegeben, jedoch mit erheblichen militärischen Einschränkungen. Die Sicherheitszonen minimieren das Risiko einer erneuten Eskalation.

⁵⁶ Siehe dazu u.a., MFO – Multinational Force and Observers, <https://mfo.org/>, abgerufen am 24.03.2025

3.4. Zwischenfazit

Die Geschichte zeigt, dass Kriegsenden oft mit umfassenden militärischen Bestimmungen verbunden sind. Diese variieren je nach Art des Konflikts, von klassischer Abrüstung und Truppenreduzierung bis hin zur Einrichtung entmilitarisierter Zonen und internationaler Friedensmissionen. Während einige dieser Bestimmungen dauerhaften Frieden sicherten, blieben in anderen Fällen Spannungen bestehen, die zu weiteren Konflikten führen konnten / könnten.

Es gibt keine genaue Zahl darüber, wie viele Waffenstillstandsabkommen oder Friedensvereinbarungen seit 1945 gebrochen oder verletzt wurden, da solche Verletzungen oft nicht offiziell dokumentiert oder anerkannt wurden / werden. Allerdings zeigen Studien, dass die Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufflammens von Konflikten nach Friedensschlüssen deutlich gestiegen ist. Daten deuten darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Krieg innerhalb von fünf Jahren nach seinem Ende wieder aufflammt, bei über 40 Prozent liegt.⁵⁷

Dies verdeutlicht die Herausforderungen bei der Aufrechterhaltung von Waffenstillständen und Friedensvereinbarungen. Die Stabilität solcher Abkommen hängt von vielen Faktoren ab, darunter das Vertrauen zwischen den Parteien, die Einhaltung der Vereinbarungen und die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft.

4. Einflussfaktoren auf das Kriegsende

4.1. Militärische Faktoren

Die militärische Lage spielt eine entscheidende Rolle für das Ende eines Krieges. Eine Seite kann durch technologische Fortschritte, bessere Strategie oder zahlenmäßige Überlegenheit die Kontrolle gewinnen („Schlachtfeldüberlegenheit“). Entscheidend sind hierbei moderne Waffensysteme, effektive Logistik sowie die strategische Beherrschung des Luftraumes, von Gelände und Nachschublinien. Ein klarer militärischer Vorteil kann Gegner zur Kapitulation zwingen oder die Bereitschaft zu Verhandlungen erhöhen.

Neben konventionellen Schlachten können auch asymmetrische Kriegsführung und Guerillataktiken (Guerilla-Krieg) das Ende eines Krieges beeinflussen. Widerstandskämpfer und irreguläre Einheiten können selbst gegen überlegene Armeen langwierige Konflikte aufrechterhalten und die Kriegsparteien zur Verhandlung oder Aufgabe zwingen. Beispiele hierfür sind unter anderem die Konflikte in Vietnam oder Afghanistan. Dass sich die Sowjetunion nach Ende des zweiten Weltkriegs noch bis in die 1950er schwer tat mit dem gewaltsamen Widerstand in den baltischen Staaten und in der West-Ukraine könnte auch heute das Kalkül der russländischen Führung beeinflussen.

4.2. Politische und diplomatische Faktoren

Diplomatische Prozesse und Verhandlungen sind oft der entscheidende Faktor für das Kriegsende. Friedensgespräche, vermittelt durch internationale Organisationen oder neutrale Staaten, können zu Waffenstillständen oder umfassenden Friedensabkommen führen. Die Bereitschaft zur Verhandlung ist oft von militärischen und wirtschaftlichen Realitäten abhängig.

⁵⁷ Siehe dazu, Michael Brzoska, Bedingungen erfolgreicher Friedenskonsolidierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31628/bedingungen-erfolgreicher-friedenskonsolidierung/>, abgerufen am 19.05.2025.

Internationale Akteure wie die Vereinten Nationen, regionale Organisationen oder Drittstaaten können als Vermittler auftreten, insbesondere, wenn sie in Bezug auf das Konfliktgeschehen als neutral gelten und das Vertrauen der Konfliktparteien haben oder gewinnen.⁵⁸ Durch Sanktionen, diplomatischen Druck oder Friedensmissionen tragen sie zur Deeskalation bei. Ein Beispiel ist die Rolle Norwegens bei der Vermittlung zwischen Israel und Palästina (Oslo-Abkommen).

4.3. Wirtschaftliche Faktoren

Der Zugang zu Rohstoffen, finanziellen Mitteln und Nachschub ist für Kriegsparteien essenziell. Eine Erschöpfung dieser Ressourcen kann zu einer Kapitulation oder einem Waffenstillstand führen. Historische Beispiele zeigen, dass langwierige Kriege oft durch Ressourcenmangel entschieden wurden (z. B. die Erschöpfung Deutschlands im Ersten Weltkrieg)⁵⁹.

Wirtschaftliche Sanktionen, verhängt durch internationale Gemeinschaften, können Staaten erheblich schwächen und sie zur Aufgabe oder Verhandlung zwingen. Beispiele sind die Sanktionen gegen den Irak in den 1990er-Jahren, die seine militärische Handlungsfähigkeit einschränkten, sowie auch die derzeitigen, aber bisher noch nicht durchschlagenden Versuche, die Russische Föderation durch Sanktionen zum Einlenken zu bewegen.

4.4. Gesellschaftliche Faktoren

Ein langer Krieg führt oft zu Erschöpfung und Desillusionierung in der Bevölkerung.⁶⁰ Sinkende Moral unter Soldaten und Zivilisten kann den politischen Druck auf die Regierung erhöhen, Frieden zu suchen. Ein markantes Beispiel ist das Ende des Vietnamkriegs, das durch wachsende Antikriegsbewegungen in den USA mitbeeinflusst wurde. Gesellschaftlicher Widerstand, mit entsprechenden Demonstrationen, Akte zivilen Ungehorsams oder politischen Bewegungen, können den Krieg beeinflussen. Die Friedensbewegungen in Europa und den USA hatten durchaus Einfluss auf das Ende des Kalten Krieges sowie auf die Beendigung oder Verhinderung bestimmter militärischer Konflikte. Ihr Einfluss war zwar nicht immer direkt politisch messbar, aber sie trugen vermutlich ebenfalls zur Veränderung des öffentlichen Diskurses, zur Delegitimierung von Rüstungswettläufen und zur Förderung von Abrüstungsverträgen bei.

4.5. Sicherheitsklauseln in Friedensverträgen

Friedensverträge enthalten oft Bestimmungen zur Sicherung eines nachhaltigen Friedens. Wichtige militärische Klauseln umfassen eine kontrollierte Reduzierung der Streitkräfte, um erneute Eskalationen zu verhindern. Dies kann durch Abrüstungsprogramme und Rückführung von Soldaten ins zivile Leben ergänzt werden. Darüber hinaus dienen Demilitarisierte Zonen (DMZ) als Puffer zwischen ehemaligen Konfliktparteien. Beispiele sind die koreanische DMZ oder die entmilitarisierte Zone am Golan. Hinzukommen können Bestimmungen zur Begrenzung bestimmter Waffensysteme, etwa ABC-Waffen (atomare, biologische und chemische Waffen), sowie internationale Rüstungskontrollabkommen, um zur langfristigen Stabilität

⁵⁸ Ein Beispiel dafür, dass Vertrauen in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Währung ist, findet sich schon in der Endphase des dreißigjährigen Krieges. Siehe dazu Herfried Münkler, *Der Dreißigjährige Krieg*, a.a.O. S. 746.

⁵⁹ Siehe dazu u.a. Michael Epkenhans, *Der Erste Weltkrieg*, a.a.O., S. 165-172.

⁶⁰ Ebenda, S. 175-193.

beizutragen. Diese Sicherheitsklauseln allein sind aber an sich noch keine Garantien für künftige politische Entwicklungen.

4.6. Zwischenfazit

Das Ende eines Krieges wird durch ein Zusammenspiel militärischer, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktoren bestimmt. Friedensverträge enthalten wichtige Klauseln zur Sicherung der Nachkriegsordnung. Ein nachhaltiger Frieden erfordert oft eine Kombination aus Verhandlungen, wirtschaftlicher Stabilisierung und gesellschaftlicher Versöhnung.

5. Erfolg und Misserfolg von Friedensverträgen

Friedensverträge sind ein essenzielles Instrument zur Beendigung bewaffneter Konflikte und zur Schaffung stabiler politischer Verhältnisse. Ihr Erfolg oder Misserfolg hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, die sowohl interne als auch externe Dynamiken betreffen. Im Folgenden werden einige dieser Kriterien für erfolgreichen Frieden, die Faktoren für das Scheitern von Friedensverträgen sowie die Wirksamkeit von Sanktionsinstrumenten kurz analysiert.

5.1 Kriterien für erfolgreichen Frieden

Ein erfolgreicher Friedensvertrag zeichnet sich durch die Einbindung ehemaliger Kriegsparteien, wirksame Durchsetzungs- und Kontrollmechanismen sowie langfristige Stabilität aus. Die wichtigsten Kriterien sind:

Langfristige Stabilität und politische Einbindung ehemaliger Kriegsparteien - Die Einbindung aller relevanten Akteure in politische Prozesse verhindert das Wiederaufflammen von Konflikten und demokratische Strukturen und ergänzende Machtteilungsabkommen können dazu beitragen, dass alle Gruppen eine angemessene politische Beteiligung erfahren.

Effektive Durchführungsbestimmungen und Überwachung - Internationale Organisationen wie die UNO können eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung von Friedensabkommen spielen. So kann die Entsendung von Friedenstruppen oder Beobachtermissionen einen Beitrag dazu leisten, dass die Vertragsbedingungen eingehalten werden.

Wirtschaftliche Wiederaufbauhilfe und Entwicklungsperspektiven - Die Bereitstellung finanzieller Mittel für den Wiederaufbau und nachhaltige Entwicklungsprojekte können langfristige Stabilität fördern. Zusätzlich können internationale Investitionen, internationale wirtschaftliche Integration, marktwirtschaftliche Reformen und Korruptionsbekämpfung (insbesondere durch Transparenz) den ehemaligen Konfliktparteien neue Perspektiven eröffnen.

5.2 Faktoren für das Scheitern von Friedensverträgen

Trotz umfassender Bemühungen scheitern viele Friedensverträge. Die häufigsten Ursachen dafür sind:

Mangelnde Durchsetzungsmechanismen - Fehlende oder unzureichende Sanktionen und schwache internationale Kontrolle können dazu führen, dass Vertragsparteien ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Und: Eine zu schwache UNO-Mission oder fehlende Mittel für eine langfristige Überwachung gefährden die Nachhaltigkeit des Friedens.

Unklare oder unrealistische Vertragsbedingungen - Friedensabkommen, die vage oder schwer umsetzbar sind, können zu unterschiedlichen Interpretationen und erneuten Konflikten führen. Ein Beispiel ist der israelisch-palästinensische Friedensprozess, bei dem zentrale Fragen (wie u.a. der Status Jerusalems) ungelöst blieben.

Fortbestehende politische oder ethnische Spannungen - Bestehende Ressentiments und ungelöste ethnische oder religiöse Konflikte können den Frieden langfristig untergraben. Der Nahostkonflikt oder die instabile Lage in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo zeigen, wie schwer es ist, nach einem Friedensschluss dauerhafte Einigkeit zu erreichen.

In Politik und Öffentlichkeit als ungerecht empfundene Friedensverträge („Diktatfrieden“) mit als hart angesehenen Bestimmungen (Landabtretungen, Entschädigungen usw.) sind im Zeitalter des Volkskrieges im Gegensatz zum Zeitalter der Kabinettskriege ebenfalls geeignet, Unfrieden statt Frieden zu stiften. Dies gilt insbesondere, wenn die zuvor im Völkerrecht übliche Oblivionsklausel (Vergessen, um Versöhnung zu erleichtern und Rache entgegenzuwirken) durch Schuld Klauseln (Versailler Vertrag usw.) ersetzt und ggf. Strafgerichtshöfe zur Aburteilung der Schuldigen (Versailler Vertrag Art. 227-230) eingesetzt werden.

Darüber hinaus können Friedensverhandlungen auch mit Erwartungen aufgeladen sein, die zu einer „Überforderung des Friedens“ führen und den Keim neuer Gewalt in sich tragen.⁶¹

5.3 Sanktionsinstrumente und deren Wirksamkeit

Um Friedensverträge zu sichern, stehen verschiedene Sanktionsinstrumente zur Verfügung. Ihre Wirksamkeit hängt jedoch stark von ihrer konsequenten Anwendung ab.

Wirtschaftssanktionen und Waffenembargos - können dazu beitragen, den Druck auf Konfliktparteien zu erhöhen und die Einhaltung von Friedensabkommen zu erzwingen. Ihre Effektivität ist jedoch begrenzt, wenn es Umgehungsmöglichkeiten gibt oder wenn sie die Bevölkerung stärker treffen als die politische Elite.

Internationale Strafgerichte - Kriegsverbrechertribunale wie der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) können zur Abschreckung und zur Durchsetzung von Rechenschaftspflichten beitragen. Die fehlende Anerkennung durch einige Staaten (im Falle des IStGH auch der USA) schwächt jedoch die Reichweite dieser Institutionen.

Militärische Interventionen zur Durchsetzung von Friedensverträgen - In bestimmten Fällen können internationale Truppen eingesetzt werden, um Friedensabkommen zu sichern (z. B. NATO-Einsätze in Bosnien). Der Einsatz militärischer Mittel ist jedoch nicht unumstritten. Er kann einerseits das Risiko einer Eskalation in sich tragen, aber andererseits auch die Waffen der Konfliktparteien zum Schweigen bringen. Er kauft der Politik damit lediglich Zeit, um mit anderen Mitteln an der Konfliktbeilegung zu arbeiten.

5.4. Zwischenfazit

Der Erfolg oder Misserfolg von Friedensverträgen hängt von zahlreichen Faktoren ab. Entscheidend sind klare Vertragsbedingungen, effektive Durchsetzungsmechanismen und die Bereitschaft aller Beteiligten, sich aktiv für eine nachhaltige Friedensordnung einzusetzen.

⁶¹ Siehe dazu auch Jörn Leonhard, a.a.O. S., These VIII, Fallhöhe und Desillusionierung. Den Frieden mit Erwartungen zu überfordern, kann die Schatten des Krieges verlängern, 139 ff..

Wirtschaftliche Entwicklung und politische Integration sind zentrale Elemente, die eine langfristige Stabilisierung unterstützen können. Gleichzeitig bleibt die internationale Gemeinschaft gefordert, durch gezielte Sanktionen und Interventionen Friedensprozesse zu unterstützen und deren Einhaltung zu gewährleisten.

6. Entwicklung von Szenarien für ein mögliches Peace Enforcement (Friedens erzwingung) oder Peacekeeping (Friedenserhaltung) am Ende des Ukrainekriegs

Zurzeit gibt es keine erfolversprechenden Ansätze, wie Russland überzeugt werden könnte, den Krieg zu beenden. Nichts deutet in der jetzigen Lage darauf hin, dass Putin ernsthaft erwägt, den Krieg zu beenden. Er will den Ukraine-Krieg weiterhin (mit allen Mitteln?) gewinnen. Die Friedensgespräche unter Vermittlung der Vereinigten Staaten scheint der Kremlchef bewusst in die Länge zu ziehen oder gar zu blockieren, während er die Ukraine weiterhin angreift. Putins Ziele haben sich nicht verändert.⁶² Bezogen auf die Ukraine selbst sind dies die Entmachtung / der Sturz der derzeitigen ukrainischen Regierung, die Anerkennung der Annexion der Krim durch Russland, die Anerkennung der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk sowie Cherson und Saporischja, die Entmilitarisierung der Ukraine, der Verzicht der Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft und die Einsetzung einer „russlandfreundlichen“ Regierung. Mindestens ebenso bedeutend sind aber aus Putins Sicht anscheinend nach wie vor auch die Ziele, die mit den beiden durch Russland am 17.12.2021 veröffentlichten und den beiden Adressaten bereits am 15.12.2021 ultimativ vorgelegten „Vertragsentwürfen über Sicherheitsgarantien mit den Vereinigten Staaten und mit der NATO“ enthalten waren.

Dies wäre quasi einer „Rückabwicklung“ der NATO-Osterweiterung auf den Stand von 1997 gleichgekommen, also auf den Stand noch vor den ersten beiden Erweiterungs runden von 1999 und 2004. Entstehen würde damit aus russischer Sicht eine „Pufferzone“ auf dem Territorium der östlichen NATO-Staaten und nicht entlang der Außengrenzen des Bündnisses.⁶³ Putin gibt sich scheinbar zwar offen für Gespräche, aber nur mit seinen Vorbedingungen, die einer Kapitulation der Ukraine gleichkämen. Ernsthaften Verhandlungswillen, zum Beispiel ein Eingehen auf die amerikanischen Vorstellungen etwa durch einen Stopp der Kämpfe, zeigt er bisher nicht. *„Sollte es zu einem Waffenstillstand kommen, muss geklärt werden, wie dieser durchgesetzt und wie Russland vor weiteren Angriffen abgeschreckt werden kann. Denn solange Moskau an seinen Zielen festhält und eine unabhängige Ukraine ablehnt und Europas Sicherheitsordnung verändern will, und solange es die Mittel hat, diese Ziele zu verfolgen, sind die Ukraine und Europas Sicherheitsordnung bedroht.“*⁶⁴ Dennoch wird eines Tages auch das Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine eintreten.

⁶² Siehe dazu u.a., Sabine Fischer, Moskaus Verhandlungsoffensive, Kurz gesagt, SWP, Berlin, 22.12.2021, <https://www.swp-berlin.org/publikation/moskaus-verhandlungsoffensive>, abgerufen am 31.03.2025 und Boris Bondarew, Im Ministerium der Lügen, Ein russischer Diplomat über Moskaus Machtspiele, seinen Bruch mit dem Putin-Regime und die Zukunft Russlands, Wilhelm Heyne Verlag, München, 2023, S. 201-207.

⁶³ Siehe dazu ebenda und Sabine Fischer, Alles über die Ukraine ohne die Ukraine. Friedensverhandlungen in Trumps schöner neuer Welt, „Zum anderen betonen Vertreter des Putin-Regimes, Russland sei nicht an einem Waffenstillstand, sondern nur an »wirklichem Frieden« interessiert, der die Behebung der »tieferliegenden Kriegsursachen« erfordere. Darunter fällt demnach der Regimewechsel in Kyjiw ebenso wie der Rückzug der Nato aus Osteuropa.“, SWP-Aktuell, Berlin, NR. 12 APRIL 2025, S. 6.

⁶⁴ Claudia Major, Aldo Kleemann, Modelle zur Absicherung eines möglichen Waffenstillstandes in der Ukraine, a.a.O., S. 3.

Dann müssen die Kriegsparteien Vorstellungen haben, wie es weitergehen soll, zum Beispiel mit einem Waffenstillstandsabkommen, das auf dem Weg zu einem Friedensabkommen gesichert werden muss. Wie könnten also vor diesem Hintergrund theoretisch die Formen der „Absicherung“ eines Kriegsendes in der Ukraine aussehen.

6.1. Mögliche Formen des Kriegsendes in der Ukraine

Verhandelte Waffenstillstände vs. bedingungsloser Sieg einer Seite - Ein möglicher Kriegabschluss in der Ukraine könnte somit theoretisch durch einen verhandelten Waffenstillstand oder durch einen bedingungslosen Sieg einer der Konfliktparteien erfolgen. Ein Waffenstillstand würde eine beidseitige, zumindest temporäre Anerkennung der „Kontakt- oder Frontlinien“ und mögliche internationale Vermittlungsprozesse nach sich ziehen. Ein einseitiger Sieg könnte hingegen eine dauerhafte Destabilisierung der unterlegenen Seite, einschließlich eines langanhaltenden Partisanenkampfes in der Ukraine und daraus resultierend neue geopolitische Spannungen hervorrufen.

Eingefrorener Konflikt nach dem Modell Korea (1953) - Eine weitere Möglichkeit ist ein eingefrorener Konflikt, bei dem die Kampfhandlungen beendet werden, jedoch keine vollständige politische Lösung gefunden wird. Dies könnte zu einer geteilten Ukraine führen, mit einer entmilitarisierten Zone als Grenze zwischen den Kriegsparteien. Diese Lösung wird allerdings für die Ukraine wegen der schlechten Erinnerungen an MINSK I und II wohl nicht akzeptabel sein.⁶⁵

Friedensabkommen unter internationaler Vermittlung - Ein Friedensabkommen wäre die stabilste Lösung für den langfristigen Frieden. Internationale Akteure wie die VN, die EU oder die OSZE könnten hierbei unter Umständen eine Vermittlerrolle übernehmen, um Sicherheitsgarantien für beide Seiten zu gewährleisten und einen geordneten Wiederaufbau zu ermöglichen. Auf dem Weg dahin ist sicherlich ein haltbarer Waffenstillstand die Voraussetzung. Dazu hat das Geneva Centre for Security Policy einen Vorschlag entwickelt.⁶⁶ Der Autor hält die in dem Papier genannten Umfangszahlen (ca. 15.000) für eine solche Mission unter anderem auch aufgrund der geographischen Dimension schlicht nicht für ausreichend. Darüber hinaus ist damit aller Voraussicht nach eine abschreckende Wirkung nicht zu erzielen. Außerdem sind die Inhalte eines im Konzept vorgeschlagenen „legally binding agreement“ zur Absicherung des Waffenstillstandes nicht kompatibel mit Putins zuvor genannten Kriegszielen und würden so von diesem sicherlich keinesfalls akzeptiert.⁶⁷

Die Zukunft der Ukraine hängt ganz wesentlich von der Art des Kriegsendes und den anschließenden Friedensmaßnahmen ab. Während Peace Enforcement für schnelle Stabilität sorgen kann, bietet Peacekeeping eine langfristigere, diplomatische Lösung. Beide Optionen sind jedoch mit erheblichen Herausforderungen verbunden, die sorgfältig abgewogen werden müssen, um einen nachhaltigen Frieden zu ermöglichen.

⁶⁵ Die Masse der ukrainischen Interviewpartner dieses Projektes sehen eine mögliche OSZE-Mission mehr als nur skeptisch; dies aufgrund ihrer Erfahrungen mit MINSK I und II; hinzu kommt die von ihnen so wahrgenommene Dominanz der Russischen Föderation innerhalb der OSZE.

⁶⁶ Siehe dazu u.a. den Vorschlag des Geneva Centre for Security Policy, Drawing a line: A 'Swiss Army knife' of options for achieving a sustainable ceasefire in Ukraine, https://www.gcsp.ch/sites/default/files/2025-03/GCSP_CF-Toolkit_2025%3Bdigital_v2_0.pdf, abgerufen am 31.03.2025.

⁶⁷ Ebenda, S. 22

6.1.1. Die militärische Dimension der Überwachung und Durchsetzung von Waffenstillstandsabkommen

Es gibt in der modernen Kriegsgeschichte eigentlich nur ein Beispiel, das bezüglich der Dimension der in der Ukraine im Hinblick auf die mögliche Absicherung eines Waffenstillstandsabkommens nach einem hochintensiven bewaffneten Konflikt nahekkommt, der Koreakrieg.⁶⁸ Selbst da sind allerdings die jeweiligen geographischen Dimensionen im Hinblick auf die Waffenstillstandslinien sehr unterschiedlich (Korea – ca. 250 km, Ukraine – derzeitige Frontlinie ca. mehr als 1.000 km, ohne die Berücksichtigung der Seegrenze zu Russland und der Landgrenze zu Belarus). Daneben wird neben der Überwachung der „Kontakt- / Frontlinie“ (mit ausreichend starken und von der Ausrüstung und Ausstattung dazu auch befähigten Truppen) zum Schutz der eingesetzten Truppe auch eine Flugverbotszone (Schutz gegen Bedrohungen aus der Luft) zu berücksichtigen sein. Darüber hinaus müssen die Übernahme der Verantwortung, der Auftrag und die Führungsorganisation klar und eindeutig geregelt sein.⁶⁹

Insgesamt kann ein belastbar berechneter Kräfteansatz erst nach Erteilung des Mandates, dem daraus resultierenden Auftrag in Verbindung mit einer Auswertung dieses Auftrages im Rahmen einer detaillierten militärischen Lagebeurteilung, inklusive einer entsprechenden Geländebeurteilung, erstellt werden. Insofern sind auch „Daumenregeln“ wie ein Kräfteverhältnis von mindestens 1:3 für einen militärischen Verteidiger⁷⁰ mit großer Vorsicht zu betrachten. Insbesondere, da diese Berechnung in der konkreten Situation in der Ukraine vor dem Hintergrund der Lage der Kriegsparteien (die Russische Föderation als völkerrechtswidriger Aggressor mit 600.000-700.000 Soldaten und die Ukraine als Verteidiger mit bis zu 900.000 Soldaten auf dem Boden der Ukraine), Geographie und Topographie des Einsatzraumes, des konkret gegebenen Kriegsbildes und der angewandten Aufklärungs- und Waffentechnologien differenzierter und nur als sehr grober Anhalt angenommen werden kann. Ein belastbarer und militärisch verantwortbarer Kräfteansatz wird daher immer nur in Abhängigkeit von konkretem Mandat, spezifischem militärischen Auftrag in Verbindung mit allen anderen genannten Rahmenbedingungen zu bestimmen sein. Dies gilt ebenso für die Festlegung einer Waffenstillstandslinie in Verbindung mit einer auf beiden Seiten dieser Linie festzulegenden Demilitarisierten Zone (DMZ). Ursprünglich orientierte man sich einmal an der Reichweite der Artillerie bei der Festlegung der Breite einer solchen Zone. Das ist ebenfalls kaum noch möglich, denn Artillerie, insbesondere Raketenartillerie hat heute Reichweiten von mehreren hundert Kilometer. Heute müssen daher die gegnerischen Fähigkeiten in Bezug auf Raketen, Luftangriffsmittel und Drohnen anders erfasst werden.⁷¹

⁶⁸ Aussagen des Autors, Generalleutnant a.D. Rainer L. Glatz, in zwei Panels zum Ukrainekrieg während des öffentlichen Berlin Peace Dialogue am 5. Oktober 2023 und am 5. November 2024 in Berlin. Er wies dabei explizit auf die jeweilige geographische Dimension der zu überwachenden Waffenstillstandslinien in Korea (ca. 250 km) und in der Ukraine (ca. 1.000 km) hin. Daraus leitete er erste Überlegungen zu einem notwendigen Kräfteansatz ab.

⁶⁹ Generalleutnant a.D. Hodges, ehemaliger Commander USAREUR, in einer WhatsApp am 31.01.2025 an den Autor in Ergänzung zu einem mit ihm durch den Autor geführten Interview in Frankfurt vom 23.01.2025: „I want to emphasize the necessity of #1 a clear mission, 2# clear chain of command, 3# strong rules of engagement, 4# a force that is capable of deterring/defeating any Russian attempts to violate any agreement, and 5# the need for air/drone/missile defense to be in place BEFORE the actual deployment of this force into Ukraine.“

⁷⁰ Siehe zum Beispiel, Claudia Major, Aldo Kleemann, a.a.O., S. 10.

⁷¹ Siehe dazu auch FN 66.

Klar ist aber bereits jetzt, dass ein militärisch verantwortbarer Kräfteansatz für eine solche Mission in der Ukraine sich im Bereich einer sechsstelligen Zahl bewegen könnte, unter Umständen sogar noch oberhalb der 150.000, die in einem entsprechenden SWP-Papier⁷² genannt wurde. Insgesamt könnte dies eine Koalition der Willigen schnell überfordern, einen solchen Beitrag ohne die USA durchhaltefähig zu stellen.

6.2 Szenarien für Peace Enforcement (erzwungener Frieden)

6.2.1 Militärische Sicherheitszonen und Pufferzonen

Ein Peace-Enforcement-Szenario⁷³ könnte die Einrichtung militärischer Sicherheitszonen entlang der ehemaligen Frontlinien, die durch eine internationale Schutztruppe kontrolliert werden, um ein Wiederaufflammen der Gewalt zu verhindern – auch gegen den Willen insbesondere der Russischen Föderation – erforderlich machen. Dies könnte auf der Grundlage von Artikel 51 der VN-Charta – solange der VN-SR keine anderen Maßnahmen zur Abhilfe ergreift – und einer entsprechenden Einladung der Ukraine mit einer Koalition der Willigen so zustande kommen wie der Einsatz der Anti-IS-Koalition 2014⁷⁴, der ebenfalls außerhalb von VN, EU und NATO in einer multilateralen Koalition stattfand. Allerdings hatte dieser Kampfeinsatz, der später in eine Stabilisierungs- und Ausbildungsmission überführt wurde, weder die Absicherung eines Waffenstillstands noch Abschreckung als Aufgabe und kann daher nicht ernsthaft als Referenz herangezogen werden.

Ein dermaßen erzwungener Frieden könnte flankierend dann auch durch internationale Sanktionen und militärische Kontrollmechanismen unterstützt werden. Dies könnte u.a. Waffenembargos und wirtschaftliche Restriktionen beinhalten, die ebenfalls durch internationale Missionen überwacht werden müssten.

Darüber hinaus ist insgesamt ist ein solches Szenario derzeit aufgrund der Tatsache, dass es dafür nach dem jetzigen Stand aller politischer Diskussionen und Erwägungen bisher weder ein robustes Mandat noch eine tragfähige und verbindliche Koalition von Willigen geben würde, daher in der weiteren Betrachtung zunächst auszuschließen.

6.3. Szenarien für Peacekeeping (überwachter Frieden)

6.3.1 UN-Blauhelmission zur Sicherung eines Waffenstillstands- und / oder Friedensabkommens

Eine klassische Peacekeeping-Maßnahme wäre die Entsendung von UN-Blauhelmen, um die Einhaltung eines Friedensabkommens sicherzustellen. Diese Mission könnte entmilitarisierte Zonen überwachen und als neutrale Kraft zwischen den Parteien agieren.

⁷² Siehe Claudia Major, Aldo Kleemann, a.a.O., S. 10.

⁷³ Peace Enforcement (Friedenserzwingung) bezeichnet den Einsatz militärischer Gewalt zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens und der Sicherheit nach Kapitel VII der UN-Charta, wo bei die Einwilligung der Konfliktparteien nicht zwingend erforderlich ist.

⁷⁴ Siehe hierzu die Begründung und Herleitung der Mandatierung / Bundeswehrbeteiligung im Rahmen der Operation 'INHERENT RESOLVE'. Deutscher Bundestag: Antrag der Bundesregierung. Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte – Stabilisierung sichern, Wiedererstarben des IS verhindern, Versöhnung in Irak fördern, Drucksache 20/12893, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012893.pdf>, abgerufen am 31.03.2025.

Bei der aktuellen Zusammensetzung des VN-Sicherheitsrates, insbesondere im Hinblick auf dessen ständige Mitglieder ist die Erteilung eines erforderlichen robusten Mandates nach Kapitel VII der VN-Charta unwahrscheinlich, da die Russische Föderation jederzeit ein Veto einlegen könnte und von dieser Möglichkeit sicherlich auch Gebrauch machen würde.

Hinzu kommt, dass die Verfügbarkeit von geeigneten und entsprechend befähigten Truppen für die VN und damit deren Glaubwürdigkeit mehr als fraglich wäre.⁷⁵ Darüber hinaus fehlen den VN selbst die notwendigen strukturellen Führungsfähigkeiten. Sie müssten daher dafür auf eine bestehende Organisation mit entsprechenden Fähigkeiten Gebrauch machen, die dann dazu mandatiert werden müsste.

6.3.2. Eine EU-Mission zur Absicherung eines Waffenstillstandsabkommens

6.3.3 Eine Absicherungsmission eines Waffenstillstandes durch eine internationale Koalition der Willigen

„Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zurückgreifen. Sie erfüllt diese Aufgaben mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden.“⁷⁶

Eine entsprechende EU-Mission zur Absicherung eines Waffenstillstandsabkommens in der Ukraine würde einen einstimmigen Ratsbeschluss voraussetzen.⁷⁷ Ob dieser auch mit Unterstützung ukrainekritischer Länder wie Ungarn und Slowakei zustande käme, ist sicherlich zu hinterfragen.⁷⁸ Allerdings wäre eine Koalition der Willigen im EU-Rahmen aufgrund der Grundlage von Art. 44 in Verbindung mit den Artikeln 43 und 42 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) zumindest theoretisch möglich.

Die vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und vom britischen Premierminister Keir Starmer geformten Koalition der Willigen wäre aus Sicht des Autors hier einzuordnen. Ziel dieser Koalition ist es, die Ukraine in ihrem Konflikt mit Russland zu unterstützen und später eine mögliche Waffenruhe zu sichern. Anfang März 2025 kündigten Macron und Starmer an, gemeinsam mit der Ukraine einen Plan zur Beendigung der Kämpfe zu erarbeiten. Dieser Plan sollte anschließend mit den Vereinigten Staaten besprochen werden. Es war auch ein diplomatischer Versuch Starmers zwischen den USA und der Ukraine nach der Abkündigung / Demütigung Selenskyjs im Oval Office des Weißen Hauses eine „Brücke“ zu bauen. Dabei nahm er eine alte Idee Macrons aus dem Vorjahr teilweise auf. Starmer betonte dabei die Bedeutung konkreter europäischer Sicherheitsgarantien für die Ukraine und sprach von einer "Koalition der Willigen", die bereit sei, zur Sicherheit der Ukraine beizutragen.⁷⁹

⁷⁵ vgl. dazu, Claudia Major, Aldo Kleemann, a.a.O., S. 6.

⁷⁶ Vertrag von Lissabon, Artikel 42 (1), in: Vertrag von Lissabon, Mit einer Einführung von Elmar Brok und Jo Leinen, Europäisches Parlament, Copyright für diese Ausgabe Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, Bonn, 2008, S. 55.

⁷⁷ Ebenda, Artikel 42 (4).

⁷⁸ Siehe dazu auch, Claudia Major, Aldo Kleemann, a.a.O., S. 6.

⁷⁹ Siehe dazu u.a., NTV, "Koalition der Willigen", London und Paris wollen Waffenruhe-Plan für Ukraine vorlegen, "Koalition der Willigen": London und Paris wollen Waffenruhe-Plan für Ukraine vorlegen - n-tv.de, 02.03.2025, 11:06 Uhr, abgerufen am 08.04.2025,

Die Koalition strebt eine breite internationale Unterstützung an. Berichten zufolge sind Gespräche mit 37 Ländern im Gange, darunter europäische Staaten, Mitglieder des Commonwealth und asiatische Länder wie Australien, Japan und Neuseeland. Ziel ist es, diese Länder in die Koalition einzubinden und ihre jeweiligen Beiträge zu koordinieren. Australien hat bereits Interesse signalisiert, sich an der Koalition zu beteiligen.⁸⁰ Am 10. April 2025 fand in Brüssel ein Treffen der "Koalition der Willigen" statt, bei dem die fortgesetzte Unterstützung für die Ukraine diskutiert wurde.

Der britische Verteidigungsminister John Healey betonte in diesem Zusammenhang das Engagement der Koalition, die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine angesichts der anhaltenden russischen Aggression zu stärken. Einige Länder äußerten jedoch Bedenken und forderten weitere Klarheit, bevor sie sich zu Truppenentsendungen verpflichten.

Allerdings sollen laut Medienberichten rund 15 Länder ihre Bereitschaft signalisiert haben, im Falle eines Friedensabkommens zwischen der Ukraine und Russland Soldaten zur Friedenssicherung zu entsenden. Die NATO wäre dabei zwar nicht eingebunden, jedoch stammen mehrere der beteiligten Staaten aus dem NATO-Bündnis, was aus Sicht der Russischen Föderation kaum zu akzeptieren sein wird. Der britische Oppositionsführer Starmer und der französische Präsident Emmanuel Macron sollen US-Präsident Donald Trump gebeten haben, zumindest Unterstützung in Form von Luftwaffe, Grenzüberwachung und Geheimdienstinformationen bereitzustellen – auch wenn keine amerikanischen Truppen entsandt würden. Trump jedoch habe sich dem Bericht zufolge seit zwei Monaten geweigert. Laut „Bloomberg“ sieht der Plan vor, dass die Ukraine weiterhin an der Frontlinie kämpft, während eine westliche Friedenstruppe wichtige Infrastrukturen, große Häfen und Städte weit hinter der Front absichert. Das bedeutet: Selbst mit westlichen Soldaten bleibt eine schlagkräftige ukrainische Armee unverzichtbar.

„Die Unterstützung der USA allerdings auch. Geht es nach Starmer und Macron, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.“⁸¹ Andererseits machte der britische Generalstabschef, Admiral Tony Radakin, deutlich, dass die europäischen Staaten bereits Probleme hätten, 25.000 Soldaten für die Koalition der Willigen, die eigentlich ursprünglich ein Kontingent von 64.000 Soldaten geplant hatte, bereitzustellen.⁸²

Die Durchführung einer solchen Mission ohne die Bereitstellung amerikanischer strategischer „Enabler“ ist insgesamt auch aus Sicht des Autors schwer vorstellbar. Ob sich im Hinblick auf die NATO-Verteidigungsplanungen ein erwartbarer Zielkonflikt bezüglich der vorhandenen Ressourcen der zu beteiligenden Staaten mit ihren „single sets of forces“ vermeiden ließe, wäre gesondert zu untersuchen, wäre aber sicherlich unausweichlich.

Ob allerdings die EU einen solchen komplexen Einsatz tatsächlich stemmen könnte, ihn also sowohl politisch als auch militärisch erfolgreich umsetzen könnte, erscheint insgesamt mehr als zweifelhaft.⁸³ Unabhängig von der Tatsache, dass die EU einen derartig robusten und

⁸⁰ Siehe dazu u.a., Stern, Starmer: Australien erwägt Beteiligung an "Koalition der Willigen" für die Ukraine, 08. März 2025, 15:59 Uhr, Starmer: Australien erwägt Beteiligung an "Koalition der Willigen" für die Ukraine | STERN.de, abgerufen am 08.04.2025 .

⁸¹ Siehe dazu, Christopher Stolz, Ukraine-Invasion, Tag 1142: Wie die USA die „Koalition der Willigen“ hemmen, Tagesspiegel, 10.04.2025, Ukraine-Invasion, Tag 1142: Wie die USA die „Koalition der Willigen“ hemmen, abgerufen am 10.04.2025.

⁸² Siehe dazu u.a., Daria Dmytriieva, Europe struggles to assemble 25,000 troops for Ukraine mission The Times, RBC-Ukraine, Wed, April 30, 2025 – 10:22, <https://www.rbc.ua/rus/news/evropa-mozhe-zibrati-navit-25-tisyach-viyskovih-1745994564.html>, abgerufen am 19.05.2025 und Anna Fratsyvir, Europe struggles to find troops for Ukraine’s deterrence force, the Times reports, The Kyiv Independent, April 30, 2025. 08:11 Uhr, <https://kyivindependent.com/europe-faces-challenges-assembling-ukraine-troop-force-the-times-reports/>, abgerufen am 19.05.2025.

⁸³ Siehe dazu auch Interview General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, ehemaliger Chairman Military Committee der NATO, Ehrenpräsident der Clauswitz Gesellschaft e.V.,

komplexen Einsatz von solcher Dimension bisher noch nicht durchgeführt hat, ist sie strukturell darauf weder ausgelegt noch vorbereitet. Ohne eine massive Unterstützung der NATO⁸⁴ – auch unter Beteiligung der USA mit deren bereits an anderer Stelle erwähnten strategischen Enablern – wäre dies kaum glaubwürdig zu leisten. Darüber hinaus würde es im Hinblick auf die NATO-Verteidigungsplanungen sicherlich zu einem erwartbaren Zielkonflikt bezüglich der vorhandenen Ressourcen der zu beteiligenden Staaten mit ihren „single sets of forces“ kommen. So scheint auch erklärlich, warum von dieser Koalition der Willigen seit längerer Zeit (öffentlich) nichts Substanzielles mehr zu hören ist.

6.3.3 Eine NATO-Mission zur Absicherung eines Waffenstillstandsabkommens

Die NATO wäre sowohl institutionell als auch strukturell am besten geeignet eine solche Mission zu planen und zu führen.⁸⁵ Eine Zustimmung der Russischen Föderation zur Präsenz von NATO-Truppen in der Ukraine ist aber absolut unwahrscheinlich, da es den Kriegszielen Putins⁸⁶ fundamental widersprechen würde, wenn die NATO in der Ukraine sozusagen näher an die Grenze der Russischen Föderation vorrücken würde. Das gilt auch, wenn Moskau aus einer Position der Schwäche Verhandlungen zustimmen sollte. Darüber hinaus ist es derzeit wenig wahrscheinlich, dass alle NATO-Staaten zustimmen würden⁸⁷, zumal die NATO bisher alles getan hat, sich auf dem Boden der Ukraine aus dem Krieg herauszuhalten.

6.3.4 Eine OSZE-Mission zur Absicherung eines Waffenstillstandsabkommens

Ein weiteres Peacekeeping-Szenario wäre der Einsatz vom Umfang her kleinerer internationaler Schutztruppen, gekoppelt mit einer Beobachtermission, die als Sicherheitsgarantie für besonders gefährdete Regionen dienen. Dies könnte helfen, Spannungen abzubauen und Vertrauen in die Friedensprozesse zu stärken. Ein dazu notwendiges und entsprechend robustes Mandat wäre unwahrscheinlich, da es die Unterstützung nicht nur der Ukraine, sondern auch der Russischen Föderation voraussetzt. Denn OSZE-Operationen kommen auf Einladung des Gastlandes zustande und die Teilnehmerstaaten, also auch die Russische Föderation, einigen sich dann auf die entsprechend erforderlichen Mandate im Konsens. Außerdem hat die OSZE weder institutionell noch strukturell die Möglichkeiten eine Mission dieser Dimension und Komplexität zu führen. Zusätzlich fehlen die Möglichkeit und auch die Fähigkeit, ein dazu erforderliches und notwendiges Kräftekontingent bereitzustellen.

Und: Von besonderer Bedeutung ist, dass der OSZE nach dem absoluten Fehlschlagen der Minsker Abkommen seit 2014 die Glaubwürdigkeit fehlt; sie ist was das betrifft sozusagen „verbrannt“.⁸⁸

vom 11.11.2024, S. 13, „Ich kann keine europäische Nation erkennen, die die Führungsfähigkeit hätte, eine derartige Aufgabe zu schultern und die Europäische Union als Organisation kann das erst recht nicht.“

⁸⁴ Theoretisch möglich wäre dazu ein Rückgriff auf die *Berlin-Plus*-Vereinbarung vom 17. März 2003, die nach wie eine Grundlage für das gemeinsame (militärische) Handeln zwischen der NATO und der EU ist, auch wenn sie ein wenig in Vergessenheit geraten zu sein scheint.

⁸⁵ Siehe dazu General a.D. Naumann, a.a.O., S. 22: „Wir haben, aller Voraussicht nach, weder die Fähigkeiten noch den Willen, eine derartige komplexe Aufgabe alleine zu schultern. Ich kann auch nur eine Organisation sehen, die diese Aufgabe übernehmen kann, das ist die NATO.“

⁸⁶ Siehe Seite 24.

⁸⁷ Siehe dazu auch Claudia Major, Aldo Kleemann, a.a.O., S. 6.

⁸⁸ Siehe FN 62, zusätzlich Interview General a.D. Egon Ramms, ehemaliger Commander Joint Force Command Brunssum, vom 23.10.2024, S. 19, „Ja, wir sollten auch selbst kein Interesse daran haben, so was wie Minsk 1 oder 2 in irgendeiner Form zu wiederholen, weil beide Abkommen nicht funktioniert haben.“

Insgesamt ist daher eine OSZE-Mission keine belastbare und / oder tragfähige Option, die weiterverfolgt werden sollte.

6.4. Zwischenfazit – Herausforderungen und Risiken eines Friedenseinsatzes in der Ukraine

Die Zukunft der Ukraine hängt von der Art des Kriegsendes und den anschließenden Friedensmaßnahmen ab. Während ein Peace Enforcement, verbunden mit hohen Risiken, für schnelle Stabilität sorgen könnte, aber wie erläutert als Lösung nicht verfügbar ist, bietet Peacekeeping eine langfristigere, unter Umständen mögliche Lösung. Beide Optionen sind gehen mit erheblichen Herausforderungen einher, die sorgfältig geprüft abgewogen werden müssen, um einen nachhaltigen Frieden zu ermöglichen.

Sollte es tatsächlich zu einer Waffenstillstandsvereinbarung kommen, muss geklärt werden, wie dessen Umsetzung sichergestellt und wie Russland von weiteren Angriffen wirksam abgehalten werden kann. Solange Moskau an seinen Zielen (siehe S. 24 f.) festhält, eine unabhängige Ukraine ablehnt und die europäische Sicherheitsordnung nach Putins Vorstellungen verändern will, sowie über die Mittel verfügt, diese Ambitionen tatsächlich weiter zu verfolgen, bleiben sowohl die Ukraine als auch Europas Sicherheitsarchitektur stark gefährdet. Noch ist unklar, ob die USA unter Trump einen Ansatz des „Friedens durch Entgegenkommen“ oder „Friedens durch Stärke“ verfolgen werden. Fest steht jedoch, dass sie sich bisher nicht als Hauptakteur bei der Absicherung eines möglichen Waffenstillstands sehen und stattdessen die Verantwortung eindeutig bei den Europäern verorten. Diese sind aber gegenwärtig nicht in der Lage, diese Aufgabe militärisch ohne Unterstützung der USA glaubwürdig zu erfüllen. Zudem hat bisher kein europäisches Land (mit Ausnahme Großbritanniens?) ernsthafte Bereitschaft zur Entsendung von Truppen signalisiert. Erschwerend kommt hinzu, dass klassische Modelle der politischen und völkerrechtlichen Absicherung – etwa durch ein Mandat der Vereinten Nationen – aufgrund der Zusammensetzung der ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates nicht anwendbar sind.⁸⁹ Insgesamt könnte ein militärisches oder peacekeeping-basiertes Eingreifen starke Reaktionen seitens Russlands hervorrufen, insbesondere wenn NATO-Streitkräfte involviert wären. Dies könnte neue geopolitische Konflikte auslösen und den Frieden in Europa noch weiter gefährden.

Darüber hinaus erfordert ein langanhaltender Friedenseinsatz erhebliche politische, militärische und finanzielle Ressourcen. Die Bereitschaft internationaler Akteure zur langfristigen Unterstützung könnte mit der Zeit geringer werden oder sogar schwinden, was die Stabilität und Nachhaltigkeit der Maßnahmen gefährden würde.

Solange eine Waffenstillstandsvereinbarung als eine Voraussetzung für Verhandlungen über ein Friedensabkommen nicht zustande kommt, wird den Europäern nichts anderes übrigbleiben, als die Ukraine mit allem schnell, umfassend und vor allen Dingen zeitgerecht zu unterstützen, was sie für diesen Zweck in ihrem ureigensten Interesse freimachen können.

Leider scheint auch den amerikanischen Bemühungen um ein derartiges Waffenstillstandsabkommen bisher kein Erfolg zu winken, ganz im Gegenteil: *„Russlands Strategie in Riad ist kein ernsthafter Versuch den Ukraine-Konflikt zu lösen, sondern ein ausgeklügeltes Zeitspiel: Der Kreml kombiniert minimale Zugeständnisse mit gezielten Provokationen, um den Westen zu spalten, sein Image im Globalen Süden zu polieren, militärische Vorteile zu sichern und die*

⁸⁹ Vgl. dazu, Claudia Major, Aldo Kleemann, a.a.O., S.3.

innenpolitische Lage zu stabilisieren.“⁹⁰ Auch die Verhandlungen zwischen der russischen und der ukrainischen Delegation in Istanbul seit dem 16. Mai 2025 lassen nun nach Abschluss der dritten Runde im Ergebnis keine andere Bewertung zu. Auch die Telefonate Trump / Putin seit dem 19.05.2025⁹¹ scheinen nach dem, was bisher bekannt wurde, keinen Durchbruch gebracht zu haben und werfen eher die Frage auf, ob die Amerikaner sich aus dieser „europäischen Angelegenheit“ mittel- bis langfristig zurückziehen wollen. Die Entscheidungen Präsident Trumps – nach seiner persönlichen Enttäuschung durch Putin – vom 14.07.2025 (Waffenlieferungen an die Ukraine über die Europäer bei deren Bezahlung und Sanktionsdrohungen gegenüber der Russischen Föderation und deren Unterstützern mit einer Frist von 50 Tagen zur Beendigung des Kriegs und Herbeiführen einer Lösung desselben, aber keine Lieferung weitreichender Waffen) zeigen zwar eine anscheinend veränderte Haltung Trumps in Bezug auf Putin, sind aber noch kein Durchbruch, zumal die Nachhaltigkeit der Absichten Trumps nach der durch ihn gesetzten Frist noch unter Beweis gestellt werden muss⁹². Eine Garantie gibt es dafür noch nicht, zumal ihn Putin, der nicht von seinen Kriegszielen ablassen wird, sicherlich „testen“ wird.

Insofern hatte der ehemalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg vermutlich doch recht, als er in einer Rede vor dem German Marshall Fund in Brüssel am 19. September 2024 feststellte: *„Ich glaube nicht, dass wir Putins Meinung ändern können. Aber ich glaube, dass wir seine Kalkulation ändern können. Indem wir der Ukraine mehr Waffen geben, können wir Putin klarmachen, dass er nicht mit Gewalt bekommen kann, was er will. Und es so kostspielig machen, dass er akzeptieren muss, dass die Ukraine als souveräne, demokratische Nation weiterbesteht“*⁹³

7. Herausforderungen und langfristige Folgen von Kriegsenden

7.1 Stabilität vs. erneute Konfliktrisiken

Kriegsenden bringen nicht zwangsläufig dauerhaften Frieden mit sich. Oftmals entstehen neue Spannungen oder bestehende Konflikte flammen erneut auf. Ein Beispiel dafür ist der Nahostkonflikt, in dem zahlreiche Waffenstillstände und Friedensverhandlungen nicht zu einer dauerhaften Lösung geführt haben. Ursachen für erneute Konflikte sind oftmals ungelöste territoriale Fragen, tief verwurzelte Feindbilder und externe Einflussnahmen. Zudem können Friedensverhandlungen ungleich verlaufen, wenn eine der Parteien sich benachteiligt fühlt, was den Keim für neue Gewalt legt.

⁹⁰ Siehe dazu Dr. Mikhail Polianskii, Gastbeitrag, Russlands Taktik. Putin spielt im Konflikt mit der Ukraine auf Zeit; in Tagesspiegel, Potsdamer Neueste Nachrichten, 10.04.2025, Seite 11.

⁹¹ Nach Telefonat mit Putin. Trump stellte Friedensgipfel im Vatikan in Aussicht, https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100730050/ukraine-krieg-trump-stellt-gespraech-im-vatikan-in-aussicht.html, abgerufen am 20.05.2025 und Trump. Keine Sanktionen gegen Russland, Chance auf Einigung?, https://dailywrap.net/de-de/trump-keine-sanktionen-gegen-russland-chance-auf-einigung,7158665773868673a?utm_source=msn&utm_medium=agregator, abgerufen am 20.05.2025.

⁹² Siehe dazu auch: Deutschlandfunk, Ukraine-KriegFrüherer Nationaler Sicherheitsberater Bolton sieht keinen Wendepunkt in US-Außenpolitik, 16.07.2025, Ukraine-Krieg - Früherer Nationaler Sicherheitsberater Bolton sieht keinen Wendepunkt in US-Außenpolitik, abgerufen am 16.07.2025.

⁹³ Siehe dazu Andrew Gray, Putin's nuclear talk shouldn't stop NATO backing Ukraine, Stoltenberg says, Reuters, September 30, 2024, 06:01 PM, <https://www.reuters.com/world/europe/putins-nuclear-talk-shouldnt-stop-nato-backing-ukraine-stoltenberg-says-2024-09-30/>, abgerufen am 11.04.2025

7.2 Waffenstillstand als langfristige Lösung oder nur Pause?

Ein Waffenstillstand beendet zwar unmittelbare Kämpfe, doch bleibt er häufig eine fragile Vereinbarung. Ohne nachhaltige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen oder den ehrlichen Friedenswillen aller Beteiligten kann ein Waffenstillstand unter Umständen nur als eine Atempause missbraucht werden, bevor wieder neue Kampfhandlungen begonnen werden. Besonders in asymmetrischen Konflikten oder Bürgerkriegen scheitern Waffenstillstände oft, weil nichtstaatliche Akteure schwerer zu kontrollieren sind oder Gruppen durch externe Akteure unterstützt werden.

7.3 Nachkriegsordnungen und Wiederaufbau

Nach einem Krieg stellt sich die Frage, wie eine neue Ordnung etabliert und ein stabiler Wiederaufbau gefördert werden kann. Der Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg diente als positives Beispiel für den Wiederaufbau, doch nicht alle Nachkriegsgesellschaften haben vergleichbare Unterstützung erfahren. Zu den dabei zu bewältigenden Herausforderungen gehören unter anderem die Wiederherstellung der Infrastruktur, die Stabilisierung der Wirtschaft, die Eingliederung von Kriegsflüchtlingen und Veteranen und politische Reformen zur Verhinderung erneuter Gewalt.

Während die deutsche Nachkriegsentwicklung nach 1945 als ein gelungenes Beispiel gilt, hat der Irak nach 2003 zeigt, wie instabile Nachkriegsordnungen zu anhaltendem Chaos führen können. Und auch die Probleme auf dem Westbalkan sind trotz der militärisch erfolgreichen Einsätze von IFOR/SFOR/EUFOR Althea und KFOR politisch noch nicht abschließend gelöst.

7.4 Übergang von Krieg zu Frieden – Herausforderungen der Versöhnung

Versöhnung ist eine der schwierigsten Aufgaben nach einem Krieg. Gesellschaften müssen sich mit Kriegsverbrechen, Traumata und der politischen Integration ehemaliger Gegner auseinandersetzen. Wahrheits- und Versöhnungskommissionen wie in Südafrika können helfen, jedoch sind nicht alle Gesellschaften bereit, solche Prozesse zu akzeptieren. Besonders problematisch ist die juristische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, da viele Kriegsakteure weiterhin Einfluss besitzen oder Vergeltung fürchten.

7.5 Probleme bei der Umsetzung militärischer Bestimmungen

7.5.1 Kontrollmechanismen und Durchsetzung

Friedensverträge enthalten oft militärische Bestimmungen, die kontrolliert werden müssen, z. B. Entmilitarisierungszonen oder Waffeninspektionen. Die Effektivität solcher Maßnahmen hängt von der Durchsetzungskraft internationaler Institutionen wie der UN oder regionaler Organisationen ab. In vielen Fällen scheitern Kontrollmechanismen an fehlender Kooperation oder mangelnden Ressourcen.

7.5.2 Risiko von Vertragsbrüchen und Wiederbewaffnung

Ein weiteres Problem ist die Gefahr von Vertragsbrüchen. Viele Konfliktparteien rüsten heimlich wieder auf oder brechen Vereinbarungen, sobald sie sich stark genug fühlen. Nordkorea hat mehrfach internationale Abkommen missachtet, und auch im ehemaligen Jugoslawien wurden Friedensverträge unterlaufen.

Ohne wirksame Sanktionen und politischen Willen bleibt die Gefahr bestehen, dass nach Kriegsenden nur eine temporäre Pause eintritt, bevor neue Gewaltzyklen beginnen.

7.6. Zwischenfazit

Kriegsenden sind komplex und bergen sowohl Chancen als auch Risiken. Stabilität ist nicht automatisch gesichert, und Waffenstillstände können sich als bloße Unterbrechungen erweisen. Eine nachhaltige Friedensordnung erfordert durchdachte Nachkriegsstrategien, funktionierende Kontrollmechanismen und ernsthafte Versöhnungsprozesse. Nur wenn diese Aspekte berücksichtigt werden, kann ein dauerhafter Frieden entstehen.

8. Zusammenfassung und Ausblick

8.1 Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse

Die Analyse der historischen und aktuellen Waffenstillstands- und Friedensverträge zeigt, dass deren Erfolg maßgeblich von mehreren Faktoren abhängt. Dazu gehören die klare Definition von Bedingungen, die Einbindung aller relevanten Akteure und die Umsetzung nachhaltiger Mechanismen zur Konfliktprävention. Friedensverträge sind komplexe diplomatische Instrumente, die sowohl politisches als auch gesellschaftliches Engagement erfordern. Der Ukrainekrieg stellt in diesem Kontext eine besondere Herausforderung dar, da die geopolitischen Interessen zahlreicher internationaler Akteure eine einfache Konfliktlösung erschweren.

Auch die politischen Theorien, die in diesem Aufsatz genannt wurden, stoßen anscheinend in der heutigen Realpolitik an ihre Grenzen.

Vermutlich ist die heutige weltpolitische Situation mit den geopolitischen Verwerfungen am ehesten mit dem Realismus als Theorie der internationalen Beziehungen zu erfassen. *„Insofern korrespondieren Geopolitik und Wertfragen in einer Art und Intensität miteinander, wie sich das kaum jemand vorzustellen vermochte, als man vor mehr als drei Jahrzehnten glaubte, die Ära der machtgestützten Realpolitik sei zu Ende und eine Epoche der humanitären Wertepolitik habe begonnen.“*⁹⁴

8.2 Bedeutung von Friedensverträgen und deren Erfolgskriterien

Friedensverträge haben eine zentrale Bedeutung für die Wiederherstellung stabiler Verhältnisse nach einem Krieg. Erfolgreiche Verträge zeichnen sich durch folgende Merkmale aus:

- *Klare und umsetzbare Bestimmungen:* Unpräzise Formulierungen können zu neuen Konflikten führen.
- *Einbindung aller Konfliktparteien:* Exklusion, aber auch unvollständige Inklusion kann zu erneuten Spannungen führen.
- *Internationale Unterstützung:* Die Einbindung von Organisationen wie der UNO oder der EU kann helfen, die Umsetzung langfristig zu garantieren.
- *Langfristige Mechanismen zur Stabilisierung:* Wirtschaftliche Wiederaufbauprogramme und soziale Versöhnungsmaßnahmen sind essenziell.

⁹⁴ Herfried Münkler, Macht im Umbruch, Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Rowolth Berlin Verlag, April 2025, S. 23.

Die Geschichte zeigt, dass Friedensverträge nur dann langfristig erfolgreich sind, wenn sie über den bloßen Waffenstillstand hinausgehen und tiefere strukturelle Probleme angehen. Andernfalls bleibt das Risiko bestehen, dass Konflikte wiederaufbrechen.

8.3 Mögliche Zukunft des Ukrainekriegs und internationale Verantwortung

Die Zukunft des Ukrainekriegs ist weiterhin absolut ungewiss, ein Ende noch nicht absehbar.⁹⁵ Verschiedene Szenarien sind denkbar:

- *Ein militärischer Sieg der Russischen Föderation:* Dies würde mit großer Wahrscheinlichkeit zu langfristigen Spannungen und ukrainischen Widerstandsbewegungen führen. So wie ebenso zu nachhaltigen, weiteren Verwerfungen und Gefährdungen in Bezug auf die europäische Sicherheitsordnung
- *Ein Verhandlungsergebnis mit territorialen Kompromissen:* Dies wäre politisch umstritten und könnte unterschiedliche Akzeptanz finden. Es wäre die Aufgabe der völkerrechtlichen Grundsätze der VN-Charta und der vertraglichen Grundlagen der europäischen Friedensordnung nach 1975 (Schlussakte von Helsinki). Die Macht des Rechts würde der Macht des Stärkeren weichen – mit allen Konsequenzen für die weitere Entwicklung der sicherheitspolitischen Grundkonstellationen in Europa.
- *Ein eingefrorener Konflikt ohne Friedensvertrag:* Dies wäre vergleichbar mit anderen "eingefrorenen" Konflikten, wie in Transnistrien oder in Georgien mit Abchasien und Süd-Ossetien, also keine tragfähige und nachhaltige Lösung, sondern eine die jederzeit missbraucht werden kann, auch zum Initiieren neuer Kampfhandlungen bis hin zur Fortsetzung und Ausweitung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der Russischen Föderation, so wie es die Entwicklungen in der Ukraine nach 2014 (MINSK I und II) der Weltöffentlichkeit bereits drastisch offenbart hatten.

Dennoch trägt die internationale Gemeinschaft weiterhin eine wesentliche Verantwortung, alles zu versuchen, einen möglichen Friedensprozess aktiv zu unterstützen. Dazu gehören neben massiver militärischer Unterstützung der Ukraine (solange wie nötig) auch diplomatische Initiativen, wirtschaftliche Hilfen, Unterstützung beim Wiederaufbau des zerstörten Landes, Unterstützung zivilgesellschaftlicher Versöhnungsprozesse sowie Mechanismen zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen.

8.4. Offene Fragen

Trotz der vorhandenen Erkenntnisse und bisheriger Erfahrungen bleiben einige zentrale sowie kritische Fragen offen:

- Entwickeln die Europäer endlich eine abgestimmte, durchhaltetfähige und glaubwürdige Strategie, die sie bisher offensichtlich nicht gehabt haben („Die Ukraine soll gewinnen“ vs. „Die Ukraine darf nicht verlieren“)?

⁹⁵ Siehe dazu Tagesspiegel vom 25.07.2025, Ukraine-Botschafter warnt: Der Krieg mit Russland könnte noch rund zehn Jahre dauern. Ein Ende der russischen Invasion ist derzeit nicht in Sicht. Der ukrainische Diplomat und General Walerij Saluschnyj hat eine besonders pessimistische Einschätzung geteilt. „Wenn wir versuchen, eine Waffenruhe zu erreichen, ohne unsere zukünftige Verteidigung aufzubauen, wird der Krieg noch viele Jahre andauern. Er begann 2014 – so Gott will, wird er 2034 enden.“, Ukraine-Botschafter warnt: Der Krieg mit Russland könnte noch rund zehn Jahre dauern, abgerufen am 28.07.2025

- Wie kann es uns Deutschen und den Europäern gelingen, die USA trotz ihrer verstärkten Hinwendung zum indo-pazifischen Raum an unserer Seite zu halten?⁹⁶
- Werden die Europäer die Ukraine weiterhin auch dann in ausreichendem Maße unterstützen / unterstützen können, wenn das amerikanische Engagement in dieser „europäischen Angelegenheit“ (so Präsident Trump) stark verringert wird oder eventuell gar ganz wegbricht?
- Wie kann eine künftige, effektive internationale Friedenssicherung aussehen, ohne insbesondere die Souveränität der Ukraine ernsthaft zu verletzen?
- Welche politischen, militärischen und wirtschaftlichen Anreize / Garantien könnten insbesondere die Ukraine, aber auch die Russische Föderation zu nachhaltigen Friedensverhandlungen bewegen?
- Wie kann sichergestellt werden, dass ein zukünftiger Friedensprozess nicht lediglich als labiler Waffenstillstand und / oder strategische Pause zur Rekonstitution der Kriegsführungsfähigkeit insbesondere der Russischen Föderation führt, sondern tatsächlich langfristiger Stabilität dient?
- Welche Rolle können nichtstaatliche Akteure und Zivilgesellschaften bei der Friedensbildung spielen?
- Wie stellen sich die Unterstützer der Ukraine, hier insbesondere die Europäer künftig weiterhin auf, wenn es nicht zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen kommt?

⁹⁶ Interview Genral a.D. Naumann, a.a.O., S. 18, “ Es gibt niemanden, der sich ähnlich sicher fühlen kann, wie ein Amerika, das seine Macht ausspielt. Und deswegen kann ich aus meiner bescheidenen deutschen Sicht nur sagen, wenn wir überleben wollen, müssen wir mit Amerika die Verbindung suchen und halten.“